

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 173.

Donnerstag, den 27. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Paragraph 175.

In den letzten Wochen noch es in Deutschland besonders stark nach Prüderie und Kamillentee, Zola und Flaubert, sowie ein paar französische Schriftsteller des achtzehnten Jahrhunderts und vor drei Tagen noch Reproduktionen von Gemälden des Pariser Salons verfielen wegen angeblicher Unsitlichkeit dem Strafrichter, und es zeigte sich wieder einmal erschreckend deutlich, welche ein gefährlich dehnbares Ding doch der Paragraph 184 des Reichsstrafgesetzbuches ist. Aber in seiner Nähe steht ein Paragraph, der mindestens so gefährlich und sicher noch kulturwidriger ist: das ist der berühmte hundertfünfundsechzigste, der den Geschlechtsverkehr zwischen Männern mit harter Gefängnisstrafe andnet.

In einem sehr interessanten Vortrag, den kürzlich der Berliner Kriminalkommissar Dr. Kopp in einer studentischen Versammlung über das Erpressertum hielt, kam er auch auf die Elemente zu sprechen, die zu Opfern des Paragraphen 175 werden. Er sagte da:

Ich habe in meiner jahrelangen Praxis mit Tausenden von Homosexuellen zu tun gehabt. Es gibt nichts, von dem ich so fest überzeugt wäre, als davon, daß die Homosexualität weit davon entfernt ist, ein Laster zu sein. Daß es eine angeborene Naturanlage ist, das lehrt man greifbar vor sich, wenn man ein bißchen die Augen aufmacht. Der einfachste Schutzmann, der neu in die Paderastpatrouille hineinkommt, kommt bald zu der Überzeugung: diese Leute können nichts dafür. Das ist schon oft gesagt, aber leider hat es noch nicht überall Boden gefaßt. Es gibt keinen Emanzipationskampf, der solche Schwierigkeiten hat, wie der Emanzipationskampf der Homosexuellen. Wenn irgend eine Menschengruppe einen Befreiungskampf kämpft, wird sie von dem Gros der Bevölkerung unterstützt; aber dem Befreiungskampf der Homosexuellen stehen wir alle fern, weil wir das Ziel dieses Kampfes nicht begreifen können. Die Kenntnis der Homosexualität ist in letzter Zeit in weite Kreise gedrungen, und damit haben auch die Erpressergeschäfte auf diesem Gebiete enormen Aufschwung genommen. Sie wissen nicht, welche Summe von Menschenleid und Menschenqual in solchen Erpressungen steckt. Die gerichtliche Verhandlung ist immer erst der Abschluß; dann sitzt der Erpresser hinter Schloß und Riegel, und das Opfer atmet erleichtert auf. Aber was vorhergegangen ist, bis der Erpresser die Energie hatte, Anzeige zu erstatten, ist nicht zu beschreiben.

Wenn selbst ein königlich preussischer Kriminalkommissar so spricht, dann muß es schlimm mit dem Leid der Homosexuellen bestellt sein. In der Tat treffen die Bemerkungen des Dr. Kopp den Nagel auf den Kopf. Die medizinische Wissenschaft ist längst davon überzeugt, daß Homosexuelle bei Betätigung ihres Verlangens so gut einem eingeborenen Naturtrieb folgen, wie die Normalen, aber vor den breiten Massen des Volkes steht der Homosexuelle zu Unrecht in der Regel als ein verächtlicher Wüstling da. Auch in Arbeiterkreisen stößt man in dieser Hinsicht auf tief eingewurzelte Vorurteile, und daß sogar geistig hochstehende Männer sich nicht scheuen, diese Vorurteile zum mindesten auszubeuten, zeigt die unvornehme Polemik Heinrich Heines gegen seinen Kollegen in Apoll, den Grafen Platen. Begreiflich ist es ja auch schließlich, wie dem Vorurteile Nahrung zugeführt wird. In sich wird dem normal Empfindenden, wenn er lediglich das Gefühl sprechen läßt und nicht auch den Verstand zu Rate zieht, ein Triebleben, das sich als Sehnsuchtsziel eine Person des gleichen Geschlechts ausucht, fremd, ja mehr! direkt widerlich und abstoßend sein. Dann hat natürlich die Eulenbürgaffäre mit ihrem Drum und Dran geholfen, Stimmung gegen die Homosexuellen zu erzeugen, und das Treiben in der Potsdamer Adlervilla und der Fleischmarkt der Garde du Corps waren gewiß alles andere, als erfreuliche Zeiterscheinungen. Endlich hat ein gewisser Teil von Homosexuellen selbst der Sache geschadet. Das sind Herrschaften, die nicht nur recht aufdringlich die Reklametrommel rühren, sondern die die Homosexuellen gerade als Blüte der Menschheit auszeichnen und auf uns gewöhnliche Sterbliche, die wir mit dem Dichtervort das Glück der Erde in den Armen eines Weibes finden, als auf Stiefkinder der Natur verächtlich herabsehen.

Aber trotz aller peinlicher Begleitererscheinungen der Homosexualität ist der Sozialdemokratie ihr Weg in dieser Frage klar vorgezeichnet. Es würde ihrer Weltanschauung kraft widersprechen, wollte sie in bequemer Oberflächlichkeit in den Homosexuellen nichts anderes als depravierte Pflümlinge sehen, die einmal einen anderen Gaumenreiz brauchen. Gerade wir wissen auf Grund des historischen Materialismus, daß nicht nur die Geschlechtsmoral, sondern auch die Geschlechtsbetätigung gesellschaft-

lich bedingt ist. Wenn sich bei den Eskimos ein glücklich stehend Paar von der süßen Gewohnheit des Küßens freihält und dafür mit Wonne die Nasen aneinanderreißt, so entspringt das nicht etwa der privaten Liebhaberei, sondern den sozialen Existenzbedingungen dieser Nordleute. Denn sie stehen auf einer derartig primitiven Stufe der technischen Entwicklung, daß ihnen als Werkzeug beim Schneiden und Gerben der Felle in der Hauptsache das eigene Gebiß dient, die besorgte Gattin zieht sogar dem von der Jagd heimgekehrten Gebliebten den durchnähten, schmutzigen Schuh mit den Zähnen vom Fuße. Infolgedessen sind die Hauer des Eskimos schon bei Vierzigern bis auf die Wurzel abgekaut und eine weitere Folge der appetitlichen Verwendung des Mundes ist seine Nichteignung zum Küßen. Erst die Dampfmaschine wird auch die Eskimos das Küßen lehren.

Derart wurzeln alle Geschlechtsbetätigungen im Boden der gesellschaftlichen Zustände, nicht zuletzt die Homosexualität. Möglich, daß sie in einer neuen Ordnung der Dinge verschwindet, auf jeden Fall müssen wir heute mit ihr rechnen, und da sind es Hunderttausende, über denen der Paragraph 175 als Damoklesschwert an dünnem Härchen schwebt. Zweifellos entkeimt der Anschauung des Staates, der in der rationellen Züchtung von Soldaten und Steuerzahlern seinen Lebenszweck sah, die Verfolgung der homosexuellen Liebe, denn sie bleibt unfruchtbar und hilft weder die Präsenzstärke des Heeres vermehren, noch die Steuerkassen füllen. Aber zugleich ist diese Verfolgung der Ausfluß jener Allmacht des absoluten Bürokratenstaates, die den gehorsamen Staatsbürger von der Wiege bis zur Bahre bevormundend geleitet und sogar auf sein Tun und Treiben unter der Bettdecke ein wachsam Auge hat. Es ist derselbe Geist der Unfreiheit, der in all unserer Reaktion zu Hause ist. Auf dem Sumpfboden der allgemeinen politischen Reaktion gedeihen die Nachschattengewächse der geschlechtlichen Heuchelei und Prüderie.

Wer seinen Sinn vom Gestrüpp des Vorurteils gereinigt hat, mag es in solchen Dingen mit dem alten Fritz halten, der einen wegen Notzüchtigung einer Ziege zum Tode verurteilten Bauernknecht mit der Randnote begnadigte: De gustibus non est disputandum! Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten! Und in der Tat ist es lediglich eine Sache des Geschmacks, wie erwachsene Menschen ihre Beziehungen zu einander regeln wollen, und sofern kein Dritter, besonders Unmündige, dabei zu Schaden kommt, hat der Staat so wenig in diese Verhältnisse hineinzureden, wie er einschreiten könnte, wenn sich jemand zum Frühstück Schmierseife statt Marmelade aufs Brot zu streichen die Laune hätte. Zu der staatsbürgerlichen Freiheit, die wir erkämpfen, gehört auch die Freiheit in Geschlechtsdingen, und deshalb ist die Aufhebung des Paragraphen 175 auch eine wichtige politische Forderung. Zumal jetzt gilt es gegen ihn Front zu machen, da der neue Strafrechtsentwurf nicht etwa seine Beseitigung, sondern seine Erweiterung auch auf weibliche Personen vorsieht. Vor einiger Zeit hat schon Dr. phil. Helene Stöcker darauf hingewiesen, daß durch diese Erweiterung die Gemeingefährlichkeit des Paragraphen bedeutend gesteigert wird, denn da Frauen untereinander im Austausch von Zärtlichkeiten viel freigebiger zu sein pflegen als Männer untereinander, werden in Zukunft von findigen Staatsanwälten homosexuelle Akte konstruiert werden können, wo lediglich harmlose Freundschaftsbeziehungen vorliegen.

Bei der Beratung des neuen Strafrechtsentwurfs wird die Sozialdemokratie sich um so mehr mit aller Wucht für eine Beseitigung des Paragraphen 175 ins Zeug legen müssen, als keine der bürgerlichen Parteien den Mut hat, sich für dieses Ziel wirklich einzusetzen. Ein etwas lärmender Vorkämpfer der Gleichberechtigung der Homosexuellen, der vor etlichen Jahren wegen Beleidigung des Fürsten Bülow zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt wurde, macht in einer Flugschrift auf diese Tatsache aufmerksam und fordert die Homosexuellen auf, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Die Tatsache ist richtig, aber wenn sich die Sozialdemokratie derart einsetzt, tut sie es nicht, um sich den Dank der Homosexuellen zu verdienen, sondern aus Gründen der Humanität, der Kultur und der politischen Freiheit.

Allerdings könnte man einwenden, daß eine Partei, deren Kampfziel so weltumspannend ist wie die Befreiung der arbeitenden Klasse, sich nicht um den Emanzipationskampf einer Handvoll Homosexueller zu mühen brauche. Aber mit Verlaub! Wir halten es da mit Ferdinand Lassalle, der es schon als soziale Unterdrückung ansah, wenn einem einzigen Menschen Unrecht geschah, und hier stehen Hunderttausende unter einem entwürdigenden Ausnahmegesetz. Darum muß und wird die Sozialdemokratie auf dem Posten sein!

Politische Rundschau

Deutschland.

Angst um den Profit.

In England will man den Bau von Über-Dreadnoughts einstellen und dafür wieder zum Bau von Panzerschiffen von 18 000 bis 20 000 Tonnen zurückkehren. Als Ursache für diese Veränderung wird angegeben, daß die schweren Geschütze, die sich an Bord der Über-Dreadnoughts befinden, nicht voll ausgenutzt werden können. Außerdem sei der Kostenpunkt ausschlaggebend gewesen, sowie die Tatsache, daß der Verlust einer solchen Schiffeinheit zu viel auf das Spiel stelle. Ferner ist verichert worden, daß die Geschütze in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aus dem Effektivbestande gestrichen werden müßten.

Bei dem Nachahmungsdrang, der unsere Marine beherrscht, fürchtet die „Post“, daß auch die in den nächsten Jahren fertig zu stellenden Schiffe in kleinerem Umfang hergestellt werden. Für die Steuerzahler wäre dies ein Vorteil, denn die Zahl der Schiffe ist im Flottengesetz festgelegt, und es ist natürlich klar, daß ein kleineres Schiff billiger zu stehen kommt, als wie ein großes. Die Interessen der Hintermänner der „Post“ liegen aber in der entgegengesetzten Richtung, denn je größer die Schiffe gebaut werden, desto höher ist der Gewinn. Deshalb mahnt die „Post“:

„Wollen wir unsere Flotte auf der Höhe halten, so haben wir den einen Weg, jede einzelne Kampfeinheit so stark und gut wie möglich zu bauen. Wir hoffen und erwarten auf das Bestimmteste, daß es der deutschen Marineverwaltung nicht im Traume einfallen wird, jemals dem oben gekennzeichneten englischen Plan zu folgen. Es wäre der Anfang vom Ende.“

Wenn die deutschen Schiffe, die nach dem Flottenplan noch auf Stapel zu legen sind, in den jetzigen ungeheuren Dimensionen hergestellt sein werden, dann wird es die „Post“ sein, die klipp und klar nachweisen wird, daß Deutschland seine schwimmenden Kolosse schließlich durch Panzerschiffe ergänzen muß, wenn nicht die Gefahr entstehen soll, daß Deutschland gegenüber England allzusehr in den Hintergrund gedrängt wird. Das eröffnet dann natürlich die Aussicht auf neue Profite. Der Patriotismus der „Post“ und ihrer Hintermänner ist nur diktiert von der Sucht nach Profit und dementsprechend müssen die patriotischen Schmerzensäußerungen der „Post“ eingeschätzt werden.

Ein ungeschickter Freirebant.

In der Redaktion der „Nat. Korresp.“ wütet seit einiger Zeit der reichsverbändlerische Antisemit Dr. Fritz Stephan-Neumann als Leiter dieses parteiamtlichen Organs. Vordem war er Redakteur der alldeutsch-antilemischen „Tägl. Rundschau“, mit dem Übertritt in seine neue Stellung legte er sich auch noch eine nationalliberale Überzeugung bei und macht nun parteiamtlich abgestempelte nationalliberale Politik. Dieser ebenso vielseitige, als auch „hervorragende“ Politiker scheint sich nun zu weit höheren Aufgaben berufen zu fühlen, denn er spielt sich neuestens als freiwilliger Regierungskommissar auf, macht die Sache aber so tollpatschig, daß der Regierung vor diesem Helfer sicher angst und bange werden wird. In einer Polemik mit der „Deutschen Tageszeitung“ stellt er nämlich fest, daß bei der Abstimmung über die elsass-lothringische Verfassungsvorlage die Stimmen der Sozialdemokraten erstens gar nicht nötig waren und daß zweitens die Regierung sich nicht an die Sozialdemokratie gewandt habe. Um nicht schließlich ein umfangreiches nationalliberales Lügengewebe aufkommen zu lassen, sei kurz folgendes festgestellt:

Zu den privaten Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung sind die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder zugezogen worden. Die Forderungen, die sie zu vertreten hatten, waren vorher genau festgestellt worden. An erster Stelle stand das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Dieses Wahlrecht zu geben, fiel der Regierung unendlich schwer, namentlich mit Rücksicht auf die Konsequenzen, die für Preußen sich daraus ergeben mußten. Die Regierung mußte aber diese Verfassungsvorlage unter allen Umständen an den haben, wenn ihr ohnehin geringes Ansehen in den Reichslanden nicht völlig erschüttert werden sollte. Ohne die Sozialdemokraten war aber auf eine Mehrheit nicht zu rechnen, denn auch ein Teil des Zentrumismus hätte dann gegen die Vorlage gestimmt und damit wäre sie gefallen. Wenn also der Leiter der „Nationalliberalen Korrespondenz“ sagt: „Es wurden 212 Stimmen für, 94 gegen abgegeben. Selbst wenn also sämtliche 53 „Genossen“ zur Stelle gewesen und gegen die Entwürfe gestimmt hätten, wären immer noch 159 Stimmen für und 147 gegen die Reform gewesen“, so beweist er damit bloß, daß er auch nicht eine blaße

Ahnung davon hat, wie sich die Dinge in Wirklichkeit abspielen haben.

Diese kurze, keineswegs erschöpfende Darstellung war notwendig, denn dieser „kündige Thebaner“ der Nationalliberalen, der schreiben kann so und auch anders, bringt es schließlich noch fertig zu behaupten, die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Elsaß-Lothringen sei den Nationalliberalen zu verdanken! Sich mit dem hochmütigen arroganten Treiben ihres mit Sachkenntnis nicht belasteten, journalistischen Leib-Unterschieden abzufinden, ist Sache des Vorstandes der Nationalliberalen Partei, unter dessen politischer Verantwortlichkeit die „Nationalliberale Korrespondenz“ erscheint. Dem Versuch aber, in dieser einseitigen plumpen Weise politische Brunnenvergiftung zu treiben, muß gleich zu Beginn mit aller Schärfe entgegengetreten werden.

Glatt erfunden.

In der Erzählung der „Deutschen Montagszeitung“, daß Staatssekretär v. Riederlen-Wächter den Abg. Bassermann gebeten habe, man möge von einer Interpellation wegen Marokko absehen, ist kein wahres Wort. Abg. Bassermann hat die „Neue Badische Landeszeitung“ zu der Erklärung ermächtigt, daß ein solcher Brief nie geschrieben worden ist. Um jede Mißdeutung zu beseitigen, hätte Herr Bassermann freilich gut getan, auch gleich dazu sich zu äußern, ob keine mündlichen Abmachungen in der in Frage stehenden Angelegenheit getroffen worden sind.

Wer trägt die Schuld an der Finanzreform?

Zeitweilig scheint den Schnapsblockpolitikern wegen der Wirkung der Finanzreform doch ihr schlechtes Gewissen zu schlagen. So kommt der Führer der Freikonservativen, Freiherr v. Zedlitz, in einem Artikel des „Tag“ zu folgendem Bekenntnis:

„Die einseitige, vor einer Schädigung anderer Zweige des heimischen Erwerbslebens nicht zurückstehende Geltendmachung der agrarischen Interessen bei der Reichsfinanzreform zettelt den Gedanken einer gleichartigen Abwehrorganisation, ihm galt jene starke Strömung in allen Kreisen von Handel und Gewerbe, durch welche der Hansabund alsbald in den Sattel gehoben wurde. Ihn (den Bülowblock) trug die durch den Mißbrauch der parlamentarischen Macht des Zentrums hervorgerufene populäre Strömung ebenso wie den Hansabund die durch die einseitige Interessenspolitik des Bundes der Landwirte entfehlte Gegenbewegung.“

Die Bündler werden dem Freiherrn dieses Bekenntnis einer schwachen Stunde schon heimzuzahlen wissen. Je näher die Wahlen rücken, je stärker wird wohl übrigens der Versuch der Blockbrüder werden, die Schuld an der Volksauspöterung von sich auf andere abzuwälzen.

Kröchermanieren freisinniger Sozialpolitiker.

Die letzte Sitzung vor den Ferien, welche die Frankfurter Stadtverordneten am Dienstag abend abhielten, verlief in recht „angeregter“ Form. Prof. Frommershausen erstattete für die Mehrheit des sozialpolitischen Ausschusses Bericht, der mit „wenn und aber“, mit „einerseits und andererseits“ alle Forderungen der städtischen Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt hat. Nicht einmal der 9½-Stunden-Tag ließe sich nach diesem Bericht in Frankfurt durchführen. Genosse Hüttmann erläuterte darauf in glänzender Weise, wie in der Millionenstadt Frankfurt mit zweierlei Maß gemessen werde, wie man den Magistratsräten und höheren Beamten schefelweise Gehaltszulagen und noch weniger Arbeitszeit als den Achtstundentag gegeben habe, während man die Arbeiter mit schönen Redensarten abspießt. Das fälschlicherweise als „Stadt der Sozialpolitik“ bezeichnete Frankfurt konnte sich noch nicht einmal dazu bereithalten, den Leuten, die mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten beschäftigt sind, den Achtstundentag zu geben, der in anderen, viel kleineren Städten seit einem Jahrzehnt und darüber für bestimmte Betriebe eingeführt ist! — Nach dieser Rede rief die Galerie lebhaft Bravo, worauf der Vorsitzende, Justizrat Friedleben, die Galerie räumen ließ. Als Antwort auf diese freisinnigen Kröchermanieren verließen die Sozialdemokraten den Saal und machten die Versammlung dadurch beschlußunfähig. Den Sozialdemokraten ist bekanntlich, trotzdem sie die zweitstärkste Fraktion im Hause Limburg darstellen, bei der Bureauwahl von den Freisinnigen nicht der Posten des zweiten Vorsitzenden angeboten worden, es sitzt kein Vertreter der Sozialdemokraten im Vorstand. Wo diese freisinnigen Deutepolitiker die Mehrheit haben, gebärden sie sich keinen Deut anders wie die Sunker. Und ihr „soziales Verständnis“ steht auch, wie Genosse Hüttmann der brutalen Mehrheit der Stadtverordneten zurief, auf derselben Höhe.

Landtagswahl in Göttingen-Witten.

In der durch den Tod des nationalliberalen Oberbürgermeisters Haarmann erforderlich gewordenen Nachwahl wurde der nationalliberale Bergwerksdirektor Knupe-Linden mit sämtlichen abgegebenen 315 Stimmen gewählt.

Das wohlfeile Ausland.

Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich von der deutsch-belgischen Grenze jähren, daß dort seit Inkrafttreten der Finanzreform ein lebhafter Schmuggel mit Zündhölzern zu beobachten sei. Auch Kaffee werde viel geschmuggelt. Eine Folgeerscheinung der Finanzreform sei das Wiederaufleben des Grenzverkehrs in zahlreichen kleinen Mengen. Auch dieser erstreckt sich zunächst auf die durch die Finanzreform verteuerten Artikel: Kaffee, Tee, Streichhölzer; aber auch Brot, Salz, Petroleum usw. werden viel jenseits der Grenze geholt, wo sich besonders große Verkaufsläden aufgetan haben, die regen Absatz zu verzeichnen haben und den Ladenbesitzern auf der deutschen Grenze das Leben recht sauer machen.

Im Preußen-Deutschland war das immer so, und die letzte Finanzreform hat das nur noch zu härterem Ausdruck gebracht: die beherrschte Masse hat ihren Patriotismus durch Entbehrungen zu beweisen, die Herrschenden aber — essen sich im In- und Ausland dick und fett an demjenigen, was sie an Steuern sparen.

Der Friede in Gefahr?

Aus London wird gemeldet:

Ich erfahre aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die englische Regierung vor einigen Tagen ein Ultimatum an die deutsche Regierung gerichtet hat, worin sie unter Androhung des Krieges die Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus Agadir fordert. In diesem Lichte ist die Rede Lloyd Georges in der Guildhall zu betrachten. Wenn eine der verlässlichsten Stützen der englischen Friedenspartei aus einem sorgfältig vorbereiteten Manuskript so schwerwiegende Worte vorträgt, dann darf sich die Welt darauf verlassen, daß die Lage in der Tat bitter ernst ist. Die anderen Mächte sind von dem Schritt der englischen Regierung verständigt worden.

Auf die Ausdauer auch des friedlichen Teiles der englischen Bürgerschaft ist in der Stunde der nationalen Erregung kein Verlaß. Der heutige Leitartikel der „Daily News“ zeigt leider, daß der Pazifismus der englischen Liberalen zusammengebrochen ist; nur der „Manchester Guardian“ leistet noch energischen Widerstand.

Der Mittelpunkt der Gefahr liegt also augenblicklich in London. Daß die ewig von Friedensbeteuerungen tiefende englische liberale Regierung sich zu einem solchen Vorgehen entschlossen hat, zeigt uns, was wir von der Friedensliebe der herrschenden Klassen in dem einen wie in dem andern Lande zu halten haben. Allein, es wäre verkehrt, wenn sich die internationale Arbeiterchaft durch die wechselnden Schachzüge der verschiedenen Regierungen in ihrer prinzipiellen Stellungnahme beirren ließe. Die englische Regierung muß natürlich vor allem zur Rechenschaft gezogen werden. Wir können uns darauf verlassen, daß die englische Arbeiterpartei in diesem kritischen Augenblicke ihren Mann stehen und die Internationale nicht enttäuschen wird.

Die deutsche Arbeiterklasse wird wissen, was sie zu tun hat. Die deutsche Regierung war es, die den Zündstoff an das internationale Pulverfaß gesetzt hat, indem sie ohne jede Warnung vor Agadir die gepanzerte Faust schwang und die übrigen Mächte mit einer vollendeten Tatsache überlistete. Sie mußte wissen, daß sich England an einer empfindlichen Stelle getroffen fühlen würde, und sie konnte sich doch unmöglich der eifigen Hoffnung hingeben, daß der leere Scheinkampf um die Oberhausfrage die bestehenden Klassen Englands entzweien und die Stellung der Regierung nach außen hin auch nur im geringsten Maße schwächen würde.

Auch dem französischen Proletariat fällt eine gewaltige geschichtliche Aufgabe zu, und die Umstände begünstigen gerade seine Bestrebungen am meisten. Frankreich kann die Lage auf zweierlei Weise retten. Erstens in Marokko selber, wenn es seinen Kolonialraubzug einstellt und der deutschen Regierung gegenüber eine nachgiebige Haltung einnimmt. Und zweitens, wenn es auf die englische Regierung im friedlichen Sinne einzuwirken und sie von weiteren verhängnisvollen Schritten abzuhalten sucht. Der heutige Leitartikel der jingoistischen „Times“ läßt klar erkennen, daß auch die englische Regierung einiger Konzessionen Frankreichs an Deutschland nicht im Wege stehen würde, wenn Deutschland auf seine Forderung, sich ungeheure Gebiete französischen Besitzes anzueignen und das ganze internationale Machtverhältnis mit einem Schlage zu seinen Gunsten und zu Englands Ungunsten zu verschieben, verzichtet. Diese Sachlage bietet dem internationalen Proletariat die Basis zum entschlossenen und einmütigen Handeln. Den herrschenden Kreisen aller drei Staaten muß rechtzeitig zu verstehen gegeben werden, daß die Völker entschlossen sind, ihr Schicksal in dem Augenblicke in die eigenen Hände zu nehmen, wo die gewissenlosen Machthaber das Wohl von Nationen mutwillig aufs Spiel setzen.

Die militärische Kirchendemonstration.

Die Störung des Gottesdienstes in der Luisenkirche zu Charlottenburg durch Soldaten, die auf Befehl ihrer Offiziere die Kirche während der Predigt ostentativ verlassen mußten, wird zwei Nachspiele haben. Pfarrer Craag wird gegen die Offiziere Strafanzeige wegen Störung einer gottesdienstlichen Handlung erstatten, gegen den Pfarrer selbst aber wird das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Daß sich die Offiziere strafbar gemacht haben, unterliegt keinem Zweifel und die Gerichte gehen in solchen Fällen mit strengen Gefängnisstrafen vor. Da in Deutschland vor dem Gesetz alle gleich sind und die Richter zu urteilen haben ohne Ansehen der Person, werden die Offiziere ihr Vorgehen schwer zu bereuen haben, andernfalls müßte ja die Rechtsgleichheit in Deutschland einen bedenklichen Stoß erleiden.

Merkwürdig!

Eine Wolff-Depeche aus London lautet: Im Hinblick auf den Umstand, daß Lloyd bei Schiffsversicherungen das Kriegsrisiko nach dem 9. August zu übernehmen ablehnten, was von einigen Zeitungen mit der marokkanischen Angelegenheit im Zusammenhang gebracht wird, erklärt die „Financial Times“, daß es sich um eine lediglich finanzielle Transaktion handele.

So harmlos soll die Maßregel der Versicherungsgesellschaft Lloyd sein? Und gerade die Zeit, da England in die französisch-deutschen Verhandlungen Agadirs eingreift, solle die mit der englischen Regierung in enger Fühlung stehende Gesellschaft „zufällig“ gewählt

haben, um eine finanzielle Transaktion vorzunehmen? Und warum hat Wolff, der mit der deutschen Regierung in engen Beziehungen steht, zwar die nachträgliche „Erklärung“ eines Finanzblattes, nicht aber Lloyds pflüchtige Maßregel gemeldet?

Thüringer Kleinstaaten-Zimmer.

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den thüringischen Staaten streben längst eine gemeinsame Verwaltung dieser „Großstaaten“ an, ohne aber dabei Unterstützung beim Bürgerturn zu finden. Jeder dieser Großherzoge, Herzoge und Fürsten will seine eigenen Minister mit der dazu gehörigen Bureaokratie behalten. Immerhin scheinen die Bestrebungen unserer Genossen doch schon einen kleinen Erfolg gehabt zu haben, denn zwischen Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen sind Verhandlungen eingeleitet, die einen Gebietsaustausch zum Ziele haben.

Vorläufig erstrecken sich, wie man der „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, diese besonderen Verhandlungen auf Gebietsteile im östlichen Thüringen, wo rechts der weißen Elster, zwischen den Städten Gera und Weida, die Enklavenwirtschaft wohl ohne Gleichen ist. Winzige Gebietsteile vom Königreich Sachsen, von Weimar, Meiningen, Reuß, Altenburg und Preußen liegen da bunt durcheinander. Hier ist ein weimarisches Dorf bei einem altenburgischen eingepfarrt, dort mit eingeschult oder umgekehrt. Das weimarisches Dorf Neudeck z. B. ist eingepfarrt und eingeschult in das reußische Dorf Blothen, von welchem ein Haus mit zu Neudeck gehört.

Beim weimarischen Orte Schaudorf ist das preußische Dorf Cümler eingeschult und eingepfarrt, das weimarisches Stanau gehört zur altenburgischen Pfarrei Bremsniz, Strahwitz ist Filiale von der altenburgischen Pfarrei Trockenborn und beim ebenfalls weimarisches Breitenhain eingeschult und dieses wieder bei Trockenborn eingepfarrt. Das weimarisches Kupdorf ist eingepfarrt und eingeschult nach dem zum sächsischen Liebra gehörenden Filial Silberdorf, das teils zu Sachsen, teils zu Altenburg gehört. Das reußische Dorf Görlitz ist nach dem weimarisches Filial Unterpöppich eingepfarrt und beim weimarisches Siebis eingeschult. Das weimarisches Thranitz hat das reußische Raimberg als Filiale, das teils sächsisches, teils altenburgische Grabsdorf ist eingeschult und eingepfarrt und die reußischen Orte Kollis und Tschippen sind hier eingepfarrt. Die Orte Großkundorf, Hohenböls und Hundhaupten sind teils weimarisches, teils reußisches. — Das sind ja nette Zustände.

Ostereich-Ungarn.

Die Fleischnot-Interpellation im Abgeordnetenhaus. Die Interpellationen wegen der Fleischnot beantwortend, legte der Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch die Rechtslage gegenüber Ungarn, auseinander und stellte fest, daß keinerei Geheimabkommen mit Ungarn bestehe. Er sei bemüht, wegen der weiteren Einfuhr argentinischen Fleisches in den nächsten Tagen mündliche Verhandlungen mit Ungarn einzuleiten. Der Ministerpräsident führte weiter aus, daß die bisherigen Erfahrungen mit dem argentinischen Fleisch nicht durchweg günstig waren und legte dar, daß durch die bisherigen Fleischeinfuhren die hohen Viehpreise nicht ermäßigt und die landwirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt worden seien. Auch wären wegen der Ausnützung der näher gelegenen Fleischezugsquellen Verhandlungen mit Ungarn eingeleitet. Er kündigte eine Tarifermäßigung für Fleischsendungen nach großen Konsumorten auf den Staatsbahnen an sowie Maßnahmen gegen die Milchsteuerung.

Dänemark.

Auch ein Jubiläum. Am Montag waren es zehn Jahre, seitdem in Dänemark die Liberalen am Steuer der Regierung sitzen. Dieser Tag ging merkwürdig still an dem sonst so festesfrohen Volk vorüber, und hätten die sozialistischen und radikalen Blätter nicht darauf aufmerksam gemacht, kein Mensch im Lande hätte sich dieses ein so innig herbeigesehnten Tages entonnen. Aber das Volk hat auch alle Ursache, diesen Tag zu vergessen, denn er brachte nicht nur nicht die Erfüllung der auf ihn gesetzten Hoffnungen, sondern brachte im Gegenteil noch schlechtere Verhältnisse, als sie schon unter dem konservativen System bestanden. Alle dem Volke gemachten Versprechungen wurden vergessen und die liberale Regierung sah ihr höchstes Vergnügen darin, den Konservativen entgegenzukommen, gerade als ob sie damit ihre Regierungsfähigkeit beweisen wollte. Der Erfolg für dieses Buhlen um die konservative Gunst ist denn auch nicht ausgeblieben, die konservativen Führer erklären offen, daß sich mit dieser „liberalen“ Regierung sehr gut arbeiten ließe. Und wie gut diese beiden zusammengearbeitet haben, zeigt die Tatsache, daß der Militäretat sich in der zehnjährigen liberalen Regierungsperiode gerade verdoppelt hat, daß die Staatsschulden ins Unendliche wachsen, daß das Defizit im Etat mit jedem Jahr größer wird und daß insolge dessen immer mehr neue und drückendere Steuern dem Volke auferlegt werden. Die Regierung der Liberalen hat sich in direkt umgekehrter Richtung entwickelt, als man vorher gelobt hatte und als es im Programm vorgeschrieben stand. Natürlich haben denn auch diese zehn Jahre genügt, aus der einst so mächtigen liberalen Partei einen Trümmerhaufen zu machen, der recht bald in dem konservativen Lager aufgehen wird. Die nächsten Wahlen werden davon deutlich Zeugnis ablegen.

Finnland.

Die russische Polizeiherrschaft. Unser finnlandischer Mitarbeiter schreibt uns: In dem der russischen Grenze am nächsten liegenden Gouvernement Wiborg zeigt sich die russische Polizeiherrschaft in besonders krasser und schamloser Weise, da die russischen Gendarmen die verständigste Unterstützung ihrer Kreatur, des Wiborger Polizeimeisters Pekonen finden. Die Biographie dieses Polizeichefes kann als treffliche Illustration für die „Reformbestrebungen“ der russischen Regierung in Finnland dienen. Einer der früheren Handlanger des Diktators Bobrikow, wurde Pekonen nach dem Jahre 1905 wegen verschiedener Dienstvergehen von den finni-

schon Gerichten zum Gefängnis verurteilt. Er flüchtete nach Rußland, wurde vom Zaren in Gnaden aufgenommen und war, während er in Petersburg verschiedenen schmutzigen Beschäftigungen nachging, für die finnischen Gerichte „unauffindbar“. Als der neue „Finlandskurs“ die Oberhand gewann, wurde der Polizeiverbrecher, wie so viele Mörder und Banditen, aus dem russischen Volksverbande, vom Zaren begnadigt. Der finnische „Säbelfanat“ wies ihm nun aus den Staatsmitteln als „Entschädigung“ für die erlittenen Verluste und entgangenen Einnahmen 16 000 Mark an, und der Generalgouverneur v. Deyn setzte ihn im Frühjahr 1911 als Polizeimeister für Wiborg und die Umgebung ein. Seitdem sucht sich dieser Halunke für die liebevolle Aufnahme bei der Regierung durch ein besonderes scharfes und schütziges Polizeiregiment zu revanchieren. Zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wurden vorgenommen, vorzugsweise bei russischen Studierenden und Arbeitern, die der Willkür der Polizei besonders ausgesetzt sind. Als Vorwand bei diesen Verhaftungen, die namentlich in der letzten Zeit stark zugenommen haben, werden gewöhnlich „Militärverdrängungen“ und „revolutionäre Propaganda“ unter dem russischen Militär angegeben. Man tut aber gut, hinter allen diesen Gerichten Polizeiprovokationen zu suchen.

Die finnischen Arbeiter für die Rechtsverweigerung der Russen. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Die organisierten Arbeiter von Wiborg behandelten kürzlich auf einer Versammlung die Frage der Rechtslosigkeit der russischen Bürger in Finnland. Die Russen sind in Finnland in politischer Hinsicht rechtlos und genießen nicht einmal die allgemeinen bürgerlichen Freiheiten, die sich die Finnländer erobert haben. Sie besitzen keine Koalitions-, Rede-, Presse- und Vereinsfreiheit, denn die russische Regierung raubt ihnen auch in Finnland diese Rechte. Der Generalgouverneur gebietet, und die finnische Polizei leistet ihm gehorsamst Handlangerdienste. Auf diese Weise werden die russischen „Untertanen“ in Finnland auch der elementarsten bürgerlichen Rechte beraubt. Ein krasses Beispiel ereignete sich vor einigen Tagen. Als eine Gruppe lettischer Arbeiter aus Riga Helsingfors besuchte und den finnischen Arbeitern, die ihre lettischen Brüder freundlich aufgenommen hatten, einige Anerkennungs- und Dankesworte sagen wollten, verbot das der Polizeimeister. Derselbe folgte mit seinen Helfershelfern den Letten wie ein Schatten und „überwachte“ auch die festliche Zusammenkunft in dem Volkshaus, obgleich er dazu laut der Verfassung keine Berechtigung hatte. Die Versammlung in Wiborg sprach sich dahin aus, daß die Rechte der russischen Staatsangehörigen in Finnland erweitert werden müssen. Die Möglichkeit, die finnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, sollte erleichtert, und nur von dem Aufenthalt während einer bestimmten Frist im Lande abhängig gemacht werden, mit der weiteren Forderung, daß der Aspirant im Lande sei, sich und seine Familie zu ernähren. Bezüglich der bürgerlichen Freiheiten, einschließend der Gewerbefreiheit, sprach die Versammlung sich dahin aus, daß alle Bewohner Finnlands, ob Finnen oder Nichtfinnen, diese Rechte und Freiheiten genießen müßten. — Wir sehen also, daß das finnische Volk selbst die Rechte der russischen Staatsangehörigen in Finnland gegen die reaktionären Bestrebungen der zarischen Regierung verteidigt, und daß es diese Gewalt ist, die diese Rechte in erster Linie vernichtet. Es klingt also wie blutige Ironie, wenn die Stolpische Meute davon spricht, die Rechte der Russen in Finnland gegen den Willen der Finnen erweitern zu wollen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. Juli.

Achtung Maler! Bei der Firma W. Niset in Schlutup sind die Kollegen in den Streik getreten. Zugang nach dort ist strengstens fernzuhalten.

Achtung Tapezierer! Der Streik ist beendet. Zugang ist aber trotzdem streng fernzuhalten, da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den staatlichen und städtischen Betrieben Lübeck's. In seiner Versammlung vom 12. April d. J. hat der Bürgerausschuß nach Ablehnung eines Antrages Stellung auf Gewährung einer Feuererzulassung an die Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe an den Senat. Das Gesuchen gerichtet, der Bürgerausschuß eine Statistik der in den staatlichen und städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter sowie ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse entgegenzubringen. Der Senat hat daraufhin die Baudeputation und die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindegewerke beauftragt, ihm Nachweisungen darüber vorzulegen, wie hoch sich in den letzten drei Jahren der Jahresarbeitsverdienst der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter belief. In Erfüllung dieses Auftrages hat die Baudeputation vier Nachweisungen über die Jahresarbeitsverdienste in den Abteilungen Wege- und Seilbau, Gartenbau, Wasserbau und Kanalverwaltung überreicht. Von der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindegewerke sind ebenfalls Übersichten über den Jahresverdienst der in den Betrieben der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie des Schlachthofes beschäftigten Arbeiter vorgelegt. Der Senat hat gestern diese Übersichten dem Bürgerausschuß zur Kenntnisnahme überreicht. Auf Vorschlag des Vorsitzers wurde beschlossen, die betr. Nachweisungen und Übersichten zur Einsichtnahme der Mitglieder der Bürgerausschüsse auszulegen, auch sie bei den solchen Wünschen an den Mitgliedern in Umlauf zu setzen, sowie den Gegenstand in der nächsten Versammlung zur Erörterung zu stellen. — Unserer Meinung nach wäre es am zweckmäßigsten, diese Nachweisungen drucken und sie auch an die Mitglieder der Bürgerausschüsse und an die Presse zu verteilen, damit daran eventuell die notwendige Kritik geübt werden könnte.

Ein schweres Gewitter entlud sich gestern Abend über unsere Stadt, begleitet von zeitweiligen starken Regengüssen. Die Wolke zuckte in allen Himmelsrichtungen zugleich auf und erfüllte häufig das ganze Firmament mit blendender Helligkeit. Dann trachte und brüllte der Donner mit tobenender Wut. In der Stadt selbst scheint das Gewitter wenig Schaden angerichtet zu haben. Nur ein in der Schwartauer Allee stehender eiserner Mast der Straßenbahnstromzuleitung wurde getroffen. Die Sicherungen wurden durchschlagend und dadurch der Straßenbahnverkehr auf reichlich eine halbe Stunde lahmgelegt. In Henkefeld schlug der Blitz in

die neben dem Hause des Lehrers Krüger stehende Tanne. Ein Arbeiter, der gerade vorüberging, kam mit dem Schrecken davon. In der Richtung nach Dissau bemerkte man einen großen Feuerschein, doch konnten wir bisher nicht erfahren, wo der Blitz gezündet hat.

Neue große städtische Bauprojekte beschäftigten gestern den Bürgerausschuß. Die Oberschulbehörde hat am 18. März 1911 beantragt, daß für einen Neubau der Realschule zum Dom entweder der etwa 6800 Quadratmeter umfassende Teil des im Staatsbesitz befindlichen Platzes hinter dem alten Zollschuppen am Postentor oder der etwa 4670 Quadratmeter große, im Staatsbesitz befindliche Platz in der Johannisstraße unterhalb des St. Johannis-Jungfrauenklosters unter Zuziehung des Grundstücks Hundestraße 84 — und zwar dieser Platz nur unter der Voraussetzung, daß die im Baudeputationsplan vorgesehene Durchführung der Straße Wakenimauer durch das Staatsgrundstück unterbleibt — zur Verfügung gestellt, die Baudeputation mit der Ausarbeitung eines Baudeputationsplanes und Kostenanschlags beauftragt werde, und daß nach der Fertigstellung des Neubaus für die Realschule zum Dom die von dieser gegenwärtig benutzten Grundstücke Musterbahn 2-4 der Gewerbe- und Baugewerkschule zur Erweiterung ihrer Schulräume zur Verfügung gestellt und die Baudeputation schon jetzt mit der Ausarbeitung eines Baudeputationsplanes und Kostenanschlags für den Um- und Ausbau der vorhandenen Gebäude beauftragt werde. Hierzu haben sich sowohl die Baudeputation als auch das Polizeiamt — letzteres hinsichtlich der Verkehrsrisiken — geäußert. Das Polizeiamt hat keinerlei Bedenken. Die Baudeputation achtet den Platz hinter dem alten Zollschuppen für den geeignetsten und hält die gegen diesen Platz geäußerten ästhetischen Bedenken für völlig unbegründet. Um nun über die Lage des Neubaus zwischen der ersten Wallstraße und der später auszubauenden Straße auf dem alten Bahndamm Klarzusehen, hat der Senat die Baudeputation mit der Vorlage eines Baudeputationsplanes für die Durchführung dieser Straßenzüge beauftragt. Der Bericht ist unter Vorlage zweier Pläne des Vaurats Studemund erstattet worden. In dem einen Plan ist die Straße bis an die Postentorstraße gerade durchgeführt, der andere Plan sieht eine leichte Schwenkung des Straßenzuges an den Wallanlagen entlang vor. Dieser letztere Plan verdient nach Ansicht der Baudeputation den Vorzug, da hierdurch eine Zerschneidung des Baugeländes vermieden wird. Bei der Durchführung der Straße in gerader Linie würden von dem etwa 14000 qm großen Bauplatz neben dem alten Zollgebäude etwa 400 qm als Bauland verloren gehen. Die Baudeputation hat empfohlen, für die Straße am alten Bahndamm eine Breite von 24 m in Aussicht zu nehmen, und für die erste Wallstraße, vom Postentor bis zu ihrer Einmündung in die neue Ringstraße, eine Verbreiterung auf 15 m vorzusehen. Es ist geplant, die Baufluchtlinie der neuen Realschule an beiden Straßen mit der Straßenschneidlinie zusammenfallen zu lassen. Der Senat hat sich mit dem im Interesse der vollen Ausnutzung des wertvollen Baugeländes zweckmäßigen, aber auch aus Schönheitsrückichten zu bevorzugen den Führung der neuen Straße im leichten Bogen an den Wallanlagen entlang einverstanden erklärt. Nach sorgfältiger Prüfung der von der Oberschulbehörde eingehend dargelegten, für und wider die beiden für den Neubau in Frage stehenden Plätze sprechenden Gründe, glaubt der Senat, dem Blage hinter dem alten Zollschuppen den Vorzug geben zu sollen. Er beabsichtigt daher, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß für einen Neubau der Realschule zum Dom ein Platz von etwa 5400 Quadratmeter hinter dem alten Zollschuppen an der Postentorstraße zur Verfügung gestellt werde. Sobald der Senat die Zustimmung der Bürgerschaft erlangt hat, wird der Senat die Baudeputation mit der Ausarbeitung von Plänen und Kostenanschlägen für den Neubau der Realschule beauftragen. Was den ferneren Antrag der Oberschulbehörde betrifft, die jetzigen Räume der Realschule demnächst der infolge des Pflichtunterrichts stark angewachsenen Gewerbeschule und der mit ihr verbundenen Baugewerkschule zur Verfügung zu stellen und sie zu diesem Zwecke einem Um- und Ausbau zu unterziehen, so kann der Senat nicht umhin, angefügt der eingehenden Darlegungen der Oberschulbehörde das dringende Bedürfnis nach einer Erweiterung der Räume der Gewerbeschule als vorhanden anzuerkennen. Er wird zunächst in die Prüfung der Frage eintreten, in welchem Umfange zu diesem Zwecke bauliche Veränderungen notwendig sein werden, und behält sich vor, auf diesen Teil der Anträge der Oberschulbehörde zu gegebener Zeit zurückzukommen. Der Bürgerausschuß hat die Vorlage an die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betr. Ausbau der Realschule zum Dom zu einer Oberrealschule überwiesen.

Schlammige Folgen des Wetters. Infolge einer Wette sah sich gestern Abend unterhalb der Glockengießerei ein etwas angetrunkenen Arbeiter veranlaßt, durch den Kanal zu schwimmen. In der Mitte des Kanals verließen ihn plötzlich seine Kräfte; er sank unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Die Leiche konnte bis zur Stunde noch nicht geborgen werden.

Ein kleines Schandfeuer entstand gestern Abend gegen 9 Uhr in der Großen Petersgrube, Ecke Kolk. Dort gerieten die Gardinen in Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Doppel-Badestadt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 26. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 20½, Luft 17; morgens 10 Uhr: Wasser 21, Luft 23; mittags 12 Uhr: Wasser 22½, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 24, Luft 24½ Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 1200 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 1200 weibliche Personen.

pb. Als Leiche gefunden. Der vermiste Knabe Peters ist gestern Abend als Leiche im Stadtgraben bei der Klappbrücke gefunden. Es liegt ein Unglücksfall vor.

pb. Steckbriefling. Festgenommen wurde ein Schweizer aus Blaun, der seitens des Königl. Amtsgerichts in Neustadt a. Rhg. wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Hitze und Arbeitsmarkt. Dem Einfluß der Temperatur auf den Gang des wirtschaftlichen Lebens pflegt man nur dann ein erhöhtes Interesse zuzuwenden, wenn besonders scharfe Abweichungen von der Norm uns erkennen lassen, wie abhängig der Mensch von den natürlichen Verhältnissen ist und vorläufig noch bleibt. Die Hitze der letzten Tage hat schon eine überaus nachhaltige Wirkung auf Warenherstellung, Handel und Verkehr ausgeübt, die sich freilich nicht ziffernmäßig erfassen läßt. In allererster Linie bedroht die Hitze die Landwirtschaft. Die sengende Glut muß auf die Entwicklung der Weizen- und Kartoffelfelder nachteilig wirken, sie mindert die Aussichten auf eine quantitativ befriedigende Futterernte noch mehr. Drohend erscheinen am wirtschaftlichen Horizont höhere Getreide-, Weizen- und Brotpreise, noch bedrückender sind aber die zu befürchtenden hohen Vieh- und Fleischpreise. Die Besorgnisse, die anlässlich der Hitze aufstauen, dürfen aber nicht dazu führen, daß man die Gefahr übertreibt und dazu beiträgt, den Chor der Haussiers am Getreide- und Viehmarkt zu verdrängen. Man wird vielmehr im Interesse der Volksernährung und im Interesse der Konsumenten erst abwarten müssen, in welchem

Grabe und Umfang die Hitze die Ertragsnisse der Landwirtschaft beeinträchtigt hat. Meist stellt sich heraus, daß es nicht so schlimm ist, wie es im ersten Augenblick erschien. Die indirekten Wirkungen der Hitze auf den Arbeitsmarkt sind zweifellos wichtiger als die direkten, die sich aus der Einwirkung der Hitze auf die Menschen selbst ergeben. Die erste und wichtigste Wirkung der Hitze ist eine starke Verminderung der Arbeitsintensität und der Arbeitsleistung. Die Hitze erschwert die Arbeit, macht Körper und Geist viel rascher schlaff. Man schaue sich die im Freien arbeitenden Menschen an, wie ihnen die Hitze zusetzt, und man wird das Nachlassen der Arbeitsintensität ohne weiteres begreifen. Am schlimmsten sind die Arbeiterschichten daran, die im Sonnenbrande oder gar am offenen Feuer tätig sein müssen. Sie sind nicht nur in ihrer Leistungsfähigkeit gehemmt, sie sind auch in hohem Grade gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt. Neben dieser allgemeinen Wirkung auf die Arbeitsintensität bringt aber die Hitze auch starke Veränderungen im Konsum mit sich, die wieder starken Einfluß auf den Geschäftsgang verschiedener Gewerbe ausüben. Für manche Zweige der Nahrungs- und Genussmittelindustrie bringen die heißen Tage geradezu einen Aufschwung des Absatzes. Das Brauereigewerbe, die Fabrikation von Limonaden und Mineralwässern verzeichnen Absatzsteigerungen, wie sie bei einer regulären Temperaturgestaltung auch nicht annähernd erzielt wurden. Der Konsum von Getränken erreicht an einem Tage das Vielfache von der sonstigen Absatzhöhe. Auch der Verbrauch von künstlichem Eis nimmt ungewöhnliche Dimensionen an und bewirkt sehr schnell ein Ansteigen der Preise. Daß der Verbrauch von Schwarzem eine Einbuße erleidet, daß die frischen Nahrungsmittel einem raschen Verwesungsprozess unterliegen und der Nahrungsmittelhandel manche Verluste erleidet, die nachher durch höhere Preise wieder gut gemacht werden sollen, ist auch eine Erscheinung, die bei jeder übermäßigen Hitze zu beobachten ist. Endlich sei nicht vergessen, daß die Hitze auch auf das Verkehrsgewerbe in eigenartiger Weise einwirkt. Es stört durch Versiegen der Wassermaßen in den Flußläufen die Binnenschifffahrt, macht sie teilweise ganz unmöglich und führt zu einer Steigerung des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen. So sehen wir ganz einschneidende Wirkungen der Hitze auf die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens, ganz besonders aber auf den Arbeitsmarkt. Und wägt man die günstigen Wirkungen den ungünstigen gegenüber ab, so überwiegen zweifellos die letzteren. Die Widerstandskraft des menschlichen Körpers gegenüber einer übermäßigen Hitze ist viel geringer als die gegen eine scharfe Kälte. Der Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens nimmt an übermäßig heißen Tagen so rasch ab, daß die Gesamtleistung der Erwerbstätigen um einen starken Prozentsatz niedriger ist als an den Tagen mit normaler Temperatur.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die morgige Fremden-Vorstellung bringt letztmalig den „Obersteiger“ zur Darstellung. Die bisherigen Aufführungen dieser lustigen Operette wurden stets mit stürmischem Beifall ausgezeichnet und um allen Kreisen den Besuch zu ermöglichen, sind die Preise bedeutend ermäßigt. Logen und 1. Parkett 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg. — Als volkstümliche Sonnabend-Vorstellung wird das reizende Lustspiel „Goldfische“ von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg neu einstudiert. In Vorbereitung ist „Abschied vom Regiment“ von Otto Erich Hartleben, „Manfred“ von Byron. Die Uraufführung von: „Ideale Forderung“ und in der Operette: „Girofle, Girofla“.

e. Stodsdorf. Eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag Abend, 8½ Uhr bei Paetau-Fackenburg statt. Pflicht der Genossinnen ist, recht zahlreich zu erscheinen.

Lübeckdorf. Ernteunfall. Als der Schulze Camens am Montag nachmittag mit seinen Leuten beim Roggenmähen tätig war, hatte er das Unglück, daß die Maschine seine Hufe erfaßte und ihm ein Bein in das Räderwerk hineingog. Schwerverletzt wurde er nach Hause gebracht, worauf ein Arzt aus Lübeck herbeigeholt wurde, welcher den Verletzten behandelte. Am anderen Morgen wurde er nach dem Lübecker Krankenhaus transportiert.

Reidsburg. Ein zweites Großfeuer in Erbbe. Raum sind die Flammen, denen hier Dienstag sieben Häuser zum Opfer fielen, erloschen. So wird unser Ort schon wieder von einem großen Schadenfeuer heimgesucht. Seit Mittwoch früh 7½ Uhr stehen die Wohnhäuser und Scheunen der Landwirte Kl. Rühl und Hans Rief in Flammen. Da die Brandherde von Dienstag und Mittwoch ziemlich von einander entfernt liegen und in beiden Fällen Anhalt für Brandstiftung nicht vorliegt, so neigt die hiesige Bevölkerung zu der Ansicht, daß in beiden Fällen Selbstentzündung des Heues als Ursache anzusehen ist.

Riel. Wie ärztliche Gutachten beim Oberkriegsgericht beachtet werden. Das Kriegsgericht der 18. Division hatte den Heizer G. wegen Verleumdung von Vorgesetzten, Achtungsverletzung, Beharren im Ungehorsam usw. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. G. sollte am 5. November v. J. in Riel entlassene Mannschaften zum Bahnhof bringen und darauf achten, daß sie ordnungsmäßig die Stadt verlassen. Bei dieser Gelegenheit wurde natürlich viel getrunken und G. kam Abends total bezechert in die Kaserne zurück. Er rempelte in diesem Zustande einen Obermaaten an und beleidigte diesen und dessen Frau. Bei seiner Festnahme lief er zweimal davon; auf der Wachtstube gebärdete er sich wie wild und führte allerhand unsinnige Redensarten. Die Zeugen befanden damals, G. machte den Eindruck eines Irren; ihm stand der Schaum vor dem Mund, er hatte einen stieren Blick und die Worte brachte er nur lallend heraus. Trotzdem wurde G. verurteilt. Er legte Berufung ein und behauptete, bei der Tat nicht Herr seiner Sinne gewesen zu sein. Er wurde dann sechs Wochen in der Rielener Nervenklinik beobachtet. Vor dem Oberkriegsgericht befandete nun Dr. K. unter Zuziehung von Dr. K. ein leicht erregbarer Mensch sei und mit größter Wahrscheinlichkeit angenommen werden müsse, daß er überhaupt nicht mehr gewußt habe, was er tat. Das Oberkriegsgericht kümmerte sich aber wenig um dieses Gutachten, es war der Meinung, daß G. für seine Tat verantwortlich zu machen sei. Die Strafe wurde auf neun Monate Gefängnis ermäßigt. Seit dem 9. November vor. J. sitzt G. schon in Untersuchungshaft und es wurden ihm sechs Monate angerechnet.

Sonderburg. Eine neue Ausweisung. Der aus Dänemark gebürtige Knecht Jens Jensen-Nyholm, der bei dem Hofbesitzer Hans Griften in Almindt bedienstet ist, ist vom Sonderburger Landrat ausgewiesen worden. Jensen-Nyholm soll nicht nur die Turnabende des dänischen Jugendvereins in Agerbüll besuchen, sondern auch an dänischen Versammlungen teilgenommen haben, überhaupt auch in „offentlicher Weise“ deutsch-feindliche Bestrebungen verfolgen haben, so daß sein Verhalten der deutschen Bevölkerung „lästig“ gewesen sein soll. Nach einer Mitteilung des „Dybbølsposten“ soll der Amtsvorsteher Jørgensen auf Ruusbohus dem Ausgewiesenen gegenüber die Ausweisung

damit begründet haben, daß der Dienstherr Allessen die Schuld an der Ausweisung trage. Er rief die Mitteilung des „Höchstposten“ zu, dann haben wir einen erneuten Beweis dafür, daß der Kollergelb noch deutliche Spuren in Nord-schleswig hinterlassen hat.

Hamburg. Im Hamburger Holzgewerbe dauert der Kampf unverändert fort. In einem eigenartigen Lichte erscheint jetzt der „unparteiische Vermittler“ Dr. Naumann, der bekanntlich der „Patriotischen Gesellschaft“ den Arbeiternachweis der Holzindustrie in die Hände spielen wollte. Herr Dr. Naumann zieht nämlich in einem Eingangsband, das er mit seinem Namen zeichnet, in der Hamburger bürgerlichen Presse gegen die Arbeiter zu Felde. Und so was nennt sich dann noch unparteiisch! In Wirklichkeit scheint es so, als wenn der Herr sich berufen fühlte, als Vertreter der Unternehmer die Verhandlungen in die Wege zu leiten. Die „Patriotische Gesellschaft“, die von Dr. Engel und Dr. Naumann als unparteiisch über das Bohnenlied gelobt wurde, hat ihre „Unparteilichkeit“, wie jetzt bekannt wird, während des Kampfes der Holzarbeiter in einer ganz eigenartigen Weise dokumentiert. Bei der Firma Mar-tus u. Frank haben sich nämlich sämtliche Hausdiener und Packer mit den Tischlern solidarisch erklärt, und die „Patriotische Gesellschaft“ hat sofort 20 Hausdiener als Streikbrecher nach dort vermittelt, die allerdings nach Kenntnis der Sache die Arbeit nicht aufnehmen. — Die Zahl der Streikbrecher hat sich im Städtegebiet in der letzten Woche um 20 vermindert. Mit allen Mitteln versuchen aber die Agenten, weitere Arbeitswillige heranzuziehen. Besonders die „Herbergen zur Heimat“ und das Asyl für Obdachlose in Berlin werden täglich von den Agenten abgesehen. Auch in anderen Städten sind Agenten immer noch am Werke, und Duzende von Streikbrecher-Inseraten erscheinen täglich.

— Arbeiter. Torgt dafür, daß der Bezug nach Hamburg ferngehalten wird!

Hamburg. Spiele nicht mit Schießgeweh- ren. Der 19-jährige Schreiber Kruse hantierte in einem hiesigen Kontor mit einem geladenen Revolver und ging damit auf einen gleichaltrigen Buchbindergehilfen zu. Die- ser verbat sich die Spielerei. Aber schon im selben Augen- blick trachte ein Schuß und der Buchbinder sank zu Boden. Eine Kugel war ihm in den Unterleib gedrungen. Schwer- verleht wurde er ins Krankenhaus gebracht. Man glaubt, ihn am Leben erhalten zu können.

Briefkasten.

G. F. B. Die Gebühren richten sich nach den pekuniären Verhältnissen.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Daise ist gestern mittag von Furillen nach Bergen- wyt abgegangen.
D. Narvik ist gestern vormitag von Embden nach Narvik abgegangen.
D. Afrika ist Mittwoch nachmittag in Kofka ange- kommen.
D. Rhentia ist gestern von Brabestad auf hier abge- dampft.
D. Zar ist gestern mittag von hier in Reval ange- kommen.
D. Elbe ist gestern nachmittag von St. Petersburg auf hier abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 26. Juli.
Weizen, 125—130 Pfd. holl. 190—198 Mt. Roggen 116—122 Pfd., holl. 160—170 Mt., Gerste, nach Qualität 160—170 Mt. Hafer, nach Qualität, 165—175 Mt. hoch- fein über Notz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Juli.
Auftrieb 2381 Schweine. Markt mäßig rege geräumt. Überhand — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 56,— (— bis 45,— Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 56,— (— bis 45,—) Mt. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 56,— bis 57,— (43,50 bis 44,50 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 56,— bis 57,00 (43,50 bis 44,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52,00 bis 55,00 (39,50 bis 42,00 Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 50,— (— bis 40,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 44,— bis 48,— (34,50 bis 37,50) Mt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargbiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Dirkschaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagbeschlusses betr. Schnapsbott.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. F. Zabel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Muntz. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. F. Maruse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Kanfer-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zabel, Berlin.
- Heft 20. Die Proletariatskrankheit. Von Dr. F. Zabel.
- Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Kühle. Mit zahl- reichen Illustrationen.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.
- Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzkrankungen? Von Dr. Rehnisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Nach nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, dem 25. d. Mts., entschlief sanft nach langem schweren Leiden unser selige Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Dorothea Holtz Ww.

geb. Hansen.
im 59. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Herm. Holtz u. Frau.
Joh. Holtz u. Frau.
Elisabeth Holtz.
M. Schulz u. Frau, geb. Holtz.
Gerh. Buche u. Frau, geb. Holtz.
Die Beerdigung findet Freitag, dem 28. d. M., 2 Uhr nachm., vom Allgem. Krankenhaus aus statt.

Danksagung.
Für die überaus große und herzliche Teilnahme beim Ableben un- sere's lieben Sohnes
Heinrich Farklas
danken wir allen herzlich, insbe- sondere seinen Mitarbeitern von der Lüb. Maschinen-Gesellschaft, dem Sozialdem. Verein, dem Fabrikarb.-Verb., dem Medlb. Mattheutischen Verein, sowie allen seinen Freunden, Nachbarn und Bekannten.
Heinr. Wehling u. Frau,
geb. Farklas.

Gesucht zum 1. August ein tüchtiger Junge beim Milch- wagen.
H. Boldt, Kottwitzerstraße 22.

Jg. Tauben u. Schlacht-Kücken
kauft **Frd. Holst, Fleischhauerstr. 8.**
Ein fast n. Fahrrad m. Frfl. u. Rück- trittbr. billig Wakenitzmauer 138.

Eine gut erhaltene, wenig geb. Secgradmatraze billig zu verkauf.
Kottwitzerstraße 56. pt. links.

Prima
Medlenburger Landbrot
Schwarzbrot 5 Pfd.,
Feinbrot 3 Pfd. schwer,
nur 45 Pfg.
Niederlagen gesucht.
Bäckerei Voigtmannstraße 14.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kajen, Hemden, Schlachter- jacken, Friseurjacken, Malermäntel, ertaunlich billig. Mützen von 30 Pfg. bis 1.88 Mt. Rote Lubecam.

Willy Koch
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Schwartau Benjefeld
Franenversammlung
am 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Stadthallen-theater.
Freitag 8 Uhr. 51 Abonn.-Vorst.
Vogen und L. Barlett 75 Pfg.,
die übrigen Plätze 50 Pfg.
Gastspiel Frig Redwig.
Zum letzten Male.

Der Obersteiger.
Operette in 3 Akten von Zeller.
Sonntabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Goldstücke.

Infolge grossen noch nie dagewesenen Milchmangels, hervorgerufen durch die Vieh-seuche und Hitze im Frühjahr u. Sommer, sehen wir uns zu unserem Bedauern leider ge-zwungen, auf einige Tage die Nachmittags-Bedienung ein-zustellen, da wir streng dar-auf halten, dass uns nur Milch von gesunden Kühen einge-liefert wird.

Wir bitten in diesem Falle um Nachsicht für einige Tage und hoffen bestimmt in Kürze die Kalamität soweit über-wunden zu haben, dass we-nigstens eine einigermassen prompte Milch-Versorgung wieder stattfinden kann.

Hansa-Meierei G. m. b. H.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.
Redigiert von Klara Zeitlin.
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen.
Für unsere Kinder.
Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 Pfg oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfg. (inkl. Postgeb.).
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 28. Juli 1911
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.

- Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress in Dresden
 3. Abrechnung vom 2. Quartal 1911.
 4. Kartellbericht.
 5. Wahl der Vertreter zur Generalversammlung in Schwartau.
 6. Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung wegen müssen die Mitglieder voll-zählig in der Versammlung erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Ein Gewerkschaftsführer als Lockspitzel entlarvt.

Dem „revolutionären Sicherheitsdienst“ der Gruppe der „Guerre Sociale“ in Paris ist, wie bereits kurz berichtet, ein neuer, wichtiger Fang gelungen. Diesmal handelt es sich um einen in den ersten Reihen der Arbeitskonföderation stehenden Gewerkschaftsfunktionär, der eingeständenermaßen ein regelmäßig bezahlter Agent der Sicherheitspolizei war und — das ist noch eine besondere Vikarie — von Clemenceau zur Zeit seiner Ministerkabinetschäft persönlich angestellt worden ist. Der „oberste Polizist“ — wie er sich selbst genannt hat — im vertrauten Gespräch mit dem verächtlichsten aller Nicht-Gelehrten, der Autor der „Großen Pan“, der mit griechischen Klassikern schlafen geht, als Schutzherr und Komplize einer Kanaille — welche Illustration einer unter die Gipfel der bürgerlichen Bildung gerechneten persönlichen Kultur und welche Illustration auch für die moralische Natur der bürgerlichen Politik!

Lucien Metivier, so heißt der Entlarvte, hat in der Gewerkschaftsbewegung eine Menge Ämter bekleidet. So war er Mitglied des Generalkomitees des Gewerkschaftsverbandes der Seine, Mitglied des Konföderationsvorstandes (als Delegierter der Arbeitsbörse von Chartres), Vorstandsmitglied des Verbandes der Nahrungsmittelgewerbe, Redaktionsmitglied des Fachblattes dieser Gewerbe, Sekretär der Bisautiergewerkschaft, Mitglied des „Komitees der sozialen Verteidigung“ usw. Man sieht, er hatte ein weites Feld für Berichterstattung. Aber er strebte noch höher. In dem Augenblick, wo seiner Tätigkeit ein Ende gesetzt wurde, war er vom Verband der Nahrungsmittelgewerbe in die Kontrollkommission der C. G. T. entsendet worden. Auch hat er sich um eine Anstellung als Cyclist des Verbandshauses der Gewerkschaften beworben, ein Amt, das ihm die Vermittlung von Schriftstücken an seine Auftraggeber sehr erleichtert hätte. Weiter kandidierte er für das Generalkomitee der C. G. T.

Metivier „arbeitete“ seit dem Mai 1908 für die Polizei. Wie die gegen ihn vorliegenden, in den Händen des „revolutionären Sicherheitsdienstes“ befindlichen Dokumente beweisen und sein Geständnis bestätigt, hat er sich selbst der Polizei angeboten. Zunächst setzte er sich mit einem gewissen Perrette in Verbindung, der Bureauchef des Nachrichtendienstes des Ministeriums des Innern ist. Sein Angebot wurde sofort angenommen und für seine ersten Informationen erhielt er 100 Fr. Perrette aber wollte ihn avancieren lassen. Er veranlaßte ihn, um eine Audienz bei Clemenceau zu ersuchen. Die Antwort war eine — von der „Humanität“ im Faksimile veröffentlichte — auf dem Briefpapier des Ministeriums geschriebene Mitteilung des Kabinettschefs Bonnia, die Metivier bekanntgab, daß der Minister jetzt überbeschäftigt sei, aber ihn, den Kabinettschef bevollmächtigt, den Ansuchen zu empfangen. Metivier bestand aber auf einer persönlichen Unterredung und bekam darauf folgenden Bescheid:

Paris, 73. Mai 1908.

Ministerpräsident.
Ministerium des Innern. Kabinett des Ministers.
Geehrter Herr,
um Ihrem, ihm bekanntgegebenen Wunsch zu entsprechen, beauftragt mich der Herr Ministerpräsident, Ihnen mitzu-

teilen, daß er Sie am nächsten Mittwoch, den 20. d., um 10 1/2 Uhr mit Vergnügen empfangen wird.
Genehmigen Sie usw.

G. Curand,
Chef-Adjunkt des Kabinetts.

Was die beiden Biedermänner einander gesagt haben, weiß man nicht. Tatsache aber ist, daß Metivier auf Grund der Unterredung als Spitzel in aller Form angestellt wurde, wie nachstehendes, gestern von ihm abgelegtes Geständnis beweist:

Ich erkenne an, mit Herrn Clemenceau ein einziges Mal zur Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft in Verkehr gewesen zu sein. Von da an datiert mein Eintritt in den Nachrichtendienst. Aus diesem Anlaß — am 20. Mai 1908 — wurden mir 300 Fr. übergeben.“

Das war aber nur das Handgeld. Metivier wurde von Perrette dem Spezialkommissar Morette vorgestellt. Er blieb Perrette zugeteilt, dem er detaillierte Berichte über die ganze Arbeiterbewegung unter dem Pseudonym Lux zu liefern hatte. Sein Monatsgehalt betrug 250 Fr.

Seine Tätigkeit war, wie schon seine angeführten gewerkschaftlichen Funktionen annehmen lassen, sehr umfangreich. Metivier war in den Gewerkschaften sehr bekannt und konnte der Polizei so manchen Wink geben. Dem Gewerkschaftskongress in Toulouse wohnte er als Delegierter bei. Die Polizei verschaffte ihm eine Freikarte für die Fahrt. Bei allen Streiks erbot er sich zu Hilfsdiensten. Den neulichen Zustand der Bürstenmacher hat er sozulagen dirigiert. Ein andermal zeigte er die Anwesenheit von zwei wegen Beihilfe zur Desertion verurteilten Flüchtlingen in Paris an. In seiner Tasche wurde ein halbfertiger Bericht über die letzte Sitzung der Kommission des Gewerkschaftsverbandes gefunden.

In seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit hat Metivier manche Unannehmlichkeiten erfahren. Da er als Provokateur immer im Vordergrund stand, kam er wiederholt mit den Gerichten in Konflikt. So passierte es ihm am 3. April d. J., daß ihn die Staatsanwaltschaft, die von den Geheimnissen der Polizei nichts weiß, verhaften ließ, um ihn keine anläßlich eines Streiks erhaltene Strafe von acht Monaten abbüßen zu lassen. Trotz der eifrigen Bemühungen des Herrn Perrette zu seinen Gunsten gelang es ihm nur mit Mühe, die Behandlung als „Politischer“ zu erwirken. Am 18. Juli erhielt er seine bedingte Entlassung — nicht zu seinem Glück, denn nun fiel er der „anderen“ Sicherheitspolizei in die Hände. — Er ist übrigens auch schon früher bestraft worden: 1908 wegen Beleidigung der Armee mit sechs Monaten, welche Strafe er mit fünf Monaten Einzelhaft büßte. Im April 1909 war er anläßlich eines Streiks verhaftet worden, wurde aber nach einem Monat Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt und das Verfahren wurde eingestellt. 1909 erfolgte dann seine letzte Verurteilung. Seine Strafen kamen begreiflicherweise seinem Ansehen in den revolutionären Kreisen sehr zugute. Aber er setzte seine Spitzeltätigkeit im Gefängnis fort, und zwar teils durch die Vermittlung seiner Geliebten Louise Botcazu, der er über das Treiben der politischen Gefangenen ausführlich berichtete, teils auch durch direkte Mitteilungen an Perrette, der ihn im Gefängnis besuchte. Metivier hat — das war der einzige sympathische Zug an ihm — seine Geliebte rein waschen wollen, aber seine Ankläger haben einen Brief von ihr an Perrette in Händen, worin sie sagt: „Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß Herr Lucien Metivier verhaftet worden ist. Seien

Sie also nicht überrascht, wenn Sie die gewohnte Korrespondenz nicht erhalten.“ Perrette hatte mit der Frau in der Folge verschiedene Unterredungen und übergab ihr einmal eine Unterstüßung von 200 Fr.

Als Metivier auf die Redaktion der „Guerre Sociale“ kam und der Redakteur Almerenda ihm seine schuflige Rolle auf den Kopf auflegte, versuchte er erst einen schmerzhaften Ton anzuschlagen. Aber unter der Wucht der Beweise brach seine erkünstelte Sicherheit zusammen und nach einer Stunde gestand er unter reichlichem Tränenverguß. Im Laufe des Tages wiederholte er sein Geständnis in Anwesenheit der herbeigerufenen Führer der C. G. T. und mehrerer Journalisten, und unterzeichnete eine schriftliche Ausfertigung. Nachdem er noch vor den Zeugen bestätigt hatte, daß ihm keinerlei Gewalt angetan worden sei, wurde er um 8 Uhr abends entlassen.

Die Redakteure der „Guerre Sociale“, Almerenda, Merle, Perceau und Lissier haben sich indes in Sicherheit gebracht. Sie hatten erfahren, daß der Untersuchungsrichter Boucard wegen einer kürzlich an den Spitzeln Bled und Dudgeon verübten „Freiheitsberaubung“ ihre Verhaftung anzubefehlen im Begriffe war. Darum beschleunigten sie die Entlassung Metiviers.

Die Maul- und Klauenseuche.

Seit einigen Wochen greift nicht nur im Gebiete des lübischen Staates und des Fürstentums Lübeck, sondern in weiten Gegenden Deutschlands die Maul- und Klauenseuche in erschreckendem Maße um sich. Es nimmt nicht nur ihre Verbreitung zu, sondern sie tritt auch da und dort in sehr bösartiger Form auf. Besonders schlimm ist es, daß sie bereits auf das Wild übergesprungen. So wird allein für die Rheinprovinz der Wildschaden durch die Seuche auf mindestens eine halbe Million berechnet und entsprechend sind die Schädigungen für Hefen, Unterfranken, Baden, Nassau und Lothringen. Die Schuld an dem Umsichgreifen der Seuche trägt angeblich in erster Linie der unvorsichtige Personerverkehr aus und mit verheerenden Gemeinden und Gehöften. Es ist erwiesen, daß die Maul- und Klauenseuche, auch Abtheilungs-, Blasen- oder Sauerseuche, Maulfäule, Maulweh genannt, vom Rind auf Schafe und Ziegen und von diesen Tieren infolge des Weidenganges auf alle wildlebenden Zweihüfer, Reh, Girsche, Gemsen, übertragen wird. Jede Tierart kann die andere anstecken; namentlich verschleppt krankes Hochwild die Seuche bis in die entlegensten Bezirke. Gewöhnlich kommen beide Krankheiten zugleich vor, d. h. zu der Maulfäule gesellt sich fast regelmäßig auch die Klauenseuche. Der Ansteckungsstoff der Maul- und Klauenseuche ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt. Ihr Erreger findet sich vor allem in dem Inhalt der Blasen, auf der Mundschleimhaut, am Guter und an den Klauen des Kindes, welches für die eigentliche Krankheit am meisten disponiert erscheint. Das Inkubationsstadium, d. h. die Frist, die zwischen dem Eindringen des Erregers in den Körper und dem Auftreten der ersten sichtbaren Krankheitserscheinungen liegt, beträgt 3 bis 6 Tage, zuweilen auch nur 24 bis 48 Stunden. Ein einmaliges Durchlaufen der Tiere schützt sie nicht vor wiederholter Ansteckung. Je nach Tierart, Geschlecht, Alter, Körperkonstitution, Individualität kann auch die Inkubationszeit länger oder kürzer sein; es spielt auch die Quantität und die mehr oder minder erhebliche Giftigkeit (Virulenz) des Ansteckungsstoffes und die Art und Weise seiner Übertragung eine bedeutende Rolle.

Die Ansteckung erfolgt auf direktem oder indirektem Wege. Wir lesen darüber in Dr. Böllers Halbmonatsschrift „Kultur und Natur“, München, Farta-Verlag: Unmittelbar findet die Infektion meist durch gegenseitiges Belacken der Nachbartiere, sowie durch das Guter oder die Milch bei Saugfüßlern statt. Für die Weiterverbreitung der Seuche,

Blühlich schlen ihr ein arger Gedanke durch den Kopf zu gehen.

Van Zenius sagte lächelnd:
„Fürchtest du meine Witwe? Mein Herz, ich liebe dich ja.“
„Gewiß?“
„Gewiß.“
„Und wann sehen wir uns wieder?“
„Ich komme am Donnerstag zu euch, wie gewöhnlich. Lebwohl bis dahin.“
„Lebwohl!“

Van Zenius sprang aus dem Wagen, rief dem Kutscher zu, er solle nur weiterfahren, holte noch seinen Stock aus dem heruntergeschlagenen Verdeck und wandte sich dann ruhig zurück.

Drittes Kapitel.

Der Herr war stehen geblieben, wo er die Vorüberfahrenden begrüßt hatte.

Van Zenius ging langsam den Weg zurück, setzte dabei, wie es seine Gewohnheit war, seinen Rohrstock mit dem elfenbeinernen Griff bei jedem Schritt fest auf; er suchte zu einem Entschluß zu kommen. Aber es fiel ihm nichts ein. Nur so viel mußte er, daß er der stummen Drohung nicht ausweichen durfte, daß er ihr entgegen gehen mußte. Das übrige wird sich finden.

Der Mann, der dort, wenige hundert Schritte vor ihm, auf ihn wartete und sich dabei nervös die Hosen mit einem dünnen Stöckchen klopfte, war Herr von Zerpén. Herr von Zerpén, den man überall in der Gesellschaft Berlins finden konnte, bis hoch hinauf bei den bekanntesten Millionären und bei den reichen Männern von Sport. Man mußte allerorten, wo man diesen Zerpén empfing, daß sein Vorleben nicht unbedenklich war; aber niemand wollte sich zuerst gegen die öffentliche Meinung erklären, die den hübschen, liebenswürdigen, begabten und gutmütigen Herrn von Zerpén trotz alledem duldet. Auch mußte niemand etwas Gewisses. Daß der Herr in Berlin journalistisch tätig war, gab ihm wenn auch keinen Titel, so doch eine gewisse Stellung. Man las freilich auch keine Aufsätze von ihm; man mußte nur, er sei Mitarbeiter bei den angesehensten Blättern, und die Redakteure widersprachen dem nicht. Er war noch nicht vierzig Jahre alt, sollte irgendwo aus den russischen Disprovinzen stammen, hatte aber in Sprache und Manieren Altberliner Wesen angenommen. In Petersburg und in Paris war er gewesen; es war ihm dort nicht gut gegangen.

In irgend welchen halbdiplomatischen Stellungen hatte er sich so oder so unmöglich gemacht. Ein Unglück, das man ihm doch nicht vorwerfen konnte. Er hatte viel gesehen und gut beobachtet. Bei großen Gesellschaften war er mit Recht überall beliebt. Er spielte hübsch auf dem Klavier, zum Tanz, wenn die jungen Mädchen ihn darum baten, immer die neuesten Wiener Walzer, vorher auch wohl Wagner mit wenig Technik und leidenschaftlicher Empfindung. Bei Tisch war er immer der Mittelpunkt der Gruppe, die seine Erzählungen hören konnte. Viktor Hugo? Herr von Zerpén war bei ihm gewesen in Jersey, in Paris und in der Schweiz. Die Anekdoten schüttelte er nur so aus dem Frackärmel. Bismarck? Die stärksten und wichtigsten Worte, die nur im engsten Zirkel gefallen sein durften, konnte Zerpén berichten.

Übrigens nahmen eigentlich nur die Herren den bezauhernden Menschen ernst. Er hatte fast mit jedem ein wohl-durchdachtes und interessantes Projekt durchgesprochen. Werkmäßig, daß diese Projekte alle irgend einen Nutzen hatten. Aus irgend einem Grunde waren sie nicht gleich ausführbar. Herr von Zerpén war kein Abenteuerer. Hatte er sich für eine Sache bemüht, und ein Geschäftsmann bot ihm dafür ein schickliches Honorar, so nahm er es an. Kavaliermäßig, wie eine Zigarre, das heißt, wenn sie teuer war, die Zigarre.

Die Herren und die lasterhaften jungen Frauen erzählten einander übrigens von der erotischen Pracht seiner Junggesellenwohnung, von dem persischen Schlafzimmer, der türkischen Badeeinrichtung und von den kostbaren Bücherregalen seines Speisezimmers.

Seit heute mittag erst mußte van Zenius, daß Herr von Zerpén ein reichlichloser Galante war; gegen Zerpén hatte die schöne Witwe, Frau Berta Schade, den Rechtsanwalt zu Hilfe gerufen. Und dieser Zerpén hatte ihn nun mit der Geliebten im Wagen gesehen und bedrohte ihn und sie.

Lächelnd griff Herr von Zerpén an seinen Hut, als der Rechtsanwalt in seine Nähe kam. Er wäre zum mindesten interessant, und vielleicht wirklich hübsch zu nennen gewesen, wenn nicht eine ganz unnatürliche Leichenfarbe seine Wangen bedeckte, und wenn nicht in seinen dunklen Augen ein Zug von scharfer Frechheit abgesehen hätte. Er trug sich übertrieben elegant, wie im Salon; kleine spitze Lackstiefel, helle Beinleiber, schwarzen Rock und einen glänzenden Zylinder. Ein blondes Schnurrbartchen, von dem die eine der aufgedrehten Spitzen graue Haare zeigte, gab ihm ein verwagendes Aussehen.

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(3. Fortsetzung.)

Die Sonne war untergegangen, es fing zu dunkeln an, Marianne hatte ihr Pütschen wieder aufgesetzt. Eben überlegte van Zenius, ob er den Wagen nicht wieder schließen lassen sollte, als sie den Wald verließen und nicht weit hinter dem Wasserurm von Westend in das bewohnte Gebiet einbogen. Am Gattertor des Brunwalds warf Marianne einem alten Drehorgelspieler einen Zaler zu. Sie machte zu ihrem Begleiter eben eine Bemerkung darüber, daß der Mann gewiß blind sei und so ein Almosen brauchen könne, als van Zenius einen Herrn bemerkte, der dem Wagen entgegenkam. Er hielt sich auf der Seite, wo Marianne saß. Sie beachtete ihn nicht; van Zenius erkannte ihn schon von weitem und bemerkte, bevor er noch einen Gedanken fassen konnte, daß der Herr auch ihn erkannt hatte und jetzt die Dame fixierte. Van Zenius konnte nichts mehr tun, als Marianne rasch in ein lebhaftes Gespräch ziehen, sodaß sie ihm den Kopf zuwenden mußte. Aber das mochte nicht viel geholfen haben; denn in dem Augenblick, als der Wagen an ihm vorüberfuhr, blieb der Herr stehen, nahm seinen Zylinderhut tief vom blauen Kahlkopf und lächelte dabei so ironisch und siegesbewußt, daß van Zenius sicher war, auch die Dame wäre erkannt worden.

Er erwiderte den Gruß nicht, um Marianne nicht zu erschrecken.

„Was hast du auf einmal?“ fragte sie aber doch.
„Höre, mein Herz,“ sagte van Zenius rasch entschieden, „du fügst dich ja immer meinen Anordnungen, ich meine, wenn ich für uns beide vorsichtig sein will. Wir kommen jetzt an Häusern vorüber, in denen Menschen wohnen. Ganz gleichgültige Menschen, die uns beide aber vielleicht kennen. Und ließe ich jetzt den Wagen schließen, so würde es dem Kutscher auffallen.“

„Du weißt, Robert, wenn ich bei dir bin, kann ich an all diese Dinge nicht denken. Da muß ich schon blindlings gehorchen. Was willst du, daß geschieht?“

Van Zenius hatte den Kutscher schon halten lassen.

„Du fährst einfach allein bis an den Schlossgarten. Ich gehe von hier ab zu Fuß.“

„Wie du willst, Robert,“ sagte Marianne traurig.

ble den Verkehrsbahnen und Handelslinien entlang geht, ist die mittelbare Infektion durch zahlreichere Zwischenträger am wichtigsten. Als Transporter des Krankheitserregers kommen die Menschen, zunächst Personen, die wie Händler, Schlächter, Milchverkäufer, Metzger, mit den Tieren in enger Berührung stehen, in Betracht; weiter kann durch totes Material — Häute, Blut, Dünger, Magermilch und Abfälle —, das Infektionserreger enthält, die Seuche verschleppt werden. Sie wird auch zuweilen durch Hunde, Katzen, Geflügel übertragen. Die ausgeatmete Luft der kranken Tiere soll keinen Infektionsstoff enthalten; er ist dagegen im Speichel, im Kot und in den Geschwüren vertreten. Im allgemeinen wird das Rindvieh ebenso wie die Pferde von der Maul- und Klauenseuche befallen. Das Schaf, das Schwein und die Flegel haben hauptsächlich nur unter der Klauen- und das Pferd unter der Maulseuche zu leiden.

Die Übertragung der Maulseuche auf den Menschen sind durchaus nicht selten und es besteht die größte Gefahr durch den Genuß von roher Milch, Butter und Käse von infizierten Tieren. Todesfälle von Erwachsenen und besonders Kindern wurden häufiger beobachtet. Durch das Kochen der Milch verliert sie ihre nachteilige Beschaffenheit. Die Ansteckungsfähigkeit des Maul- und Klauenseuchen-Erregers wird überhaupt durch höhere Temperaturen, Desinfektionsmittel rasch und völlig aufgehoben. Die relative Gutartigkeit der Seuche macht fast immer jedes Heilverfahren überflüssig. Von einem solchen kann an sich kaum die Rede sein, da spezifische Mittel gegen die Krankheit nicht existieren. Sie läßt sich auch nicht abkürzen, wohl aber lindern. Auf's Dringendste ist zu warnen vor den Mitteln, die von Kurpfuschern und Hausierern von Hof zu Hof getragen oder empfohlen werden; sie sind wertlos und nur geeignet, das Übel in die Länge zu ziehen.

Recht erklärlich ist, daß den Viehwirten im Aberglauben des Volkes ein hervorragender Platz eingeräumt ist; man führt sie fast immer auf die verderbenbringenden Kräfte von „Hexen“ zurück. Wenn z. B. in Tirol auf einer Alp eine giftige Seuche ausbricht, dann pflügt der Bauer dem ersten kranken Kalbe den Kopf abzuscheiden und ihn auf eine Stange in der Luft (als eine Art Pharmakon oder Sündenbock, der die Seuche aufsaugen soll) aufzustecken, dann hört das Hexenmachwerk auf. In Oberbayern ist das Aufhängen eines Kalbskopfes im Kamin (Herdstätte, Hausgeisterort) heute noch ein Mittel gegen Stallseuchen; sie sollen nicht ausbrechen, wenn der Schädel eines Ochsen oberhalb der Stalltür angebracht ist. Den Glauben teilen auch die Lappen, die den skelettierten Kopf des Rentieres, welches bekanntlich massenhaft einer akut verlaufenden Infektionskrankheit erliegt, als Schutz gegen die „dämonischen Mächte“ am Eingang ihrer Behausung befestigen.

Neuerdings wird wieder eine Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche empfohlen. Sie hat sich jedoch, wie alle bisherigen Impfungen, als praktisch zu machen bedauerlich erwiesen. Das Problem einer zuverlässigen allgemeinen Serumimpfung gegen die Krankheit ist noch ungeklärt.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Seuche ist sehr tief eingreifend. Infolge der raschen Ausbreitung über den Westteil eines Landes, wobei 25—50 Proz. aller Kinder erkranken können, bei der gezielten anzunehmenden Beschränkung des Verkehrs und Handels, bei den großen Verlusten an Milch und Milchprodukten, zuweilen auch an Tieren, endlich bei dem nicht geringen Ausfall von Arbeit und dem Rückgang des Körpergewichtes der kranken Tiere ist der ökonomische Nachteil meist ein sehr schwerer. Die Verluste in Deutschland im Jahre 1892 wurden auf über 100 Mill. taxiert. (4 Millionen kranke Tiere, darunter 1 1/2 Millionen Kinder; der Gesamtverlust bei letzteren an Milch, Rückgang im Ernährungszustand und Todesfällen wurde auf 50 Mill. pro Haupt berechnet). In der Provinz Sachsen wurde im Jahre 1899 der Gesamtverlust auf 20 Mill. Mk. (107 Mk. pro Kind) geschätzt. In England wurden die Verluste im Jahre 1883 auf 20 Mill. Mk., in Frankreich 1871 auf 30 Mill. Mk. berechnet.

Aus der Partei.

Ein Alter, Alexander Mueller, ist im 77. Lebensjahre in Weimar gestorben. Der jüngeren Generation ist er so gut wie unbekannt, obwohl er als ehemaliger Leutnant des weimariischen Militärs Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre einen bedeutungsvollen Ehrenposten in der Thüringer Parteibewegung bekleidete. Als damaliger Vorsitzender der Agitationskommission für Thüringen führte er eine lebhafteste Korrespondenz mit den bekanntesten Parteigenossen jener Zeit. Schon seit einer

langen Reihe von Jahren ist er nicht mehr öffentlich hervorgetreten, und doch verfolgte er die Entwicklung der Partei mit großem Interesse. „Mein Herz ist noch gut, aber man hat mir einen Maulkorb umgebunden.“ So äußerte er sich noch vor kurzer Zeit. Er war Staatsbeamter, und Rücksichten mancherlei Art bildeten den Zwang, sich Schweigen aufzuerlegen. Still trug er den Groll in seinem Herzen, dem er nur im engen Kreise Ausdruck gab. Die Älten unserer Partei, die nun Kunde von dem Hinscheiden ihres Kampfgenossen, des königlich-preussischen und großherzoglich-sächsischen Landmessers und Leutnants a. D. erhalten, werden sich gern des feurigen Kämpfers aus der alten Zeit erinnern, und wer ihn kannte wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse der Niederlausitz tagte am vergangenen Sonntag in Guben. Vertreter waren die Drie Finsterwalde, Forst, Frankfurt a. d. O., Gassen, Guben, Kottbus, Sommerfeld und Sorau. Nach der Berichterstattung der einzelnen Bildungsausschüsse über ihre Tätigkeit im letzten Winter und einer eingehenden Diskussion darüber hielt Genosse Heinrich Schulz vom Zentralbildungsausschuss einen Vortrag über die Aufgaben der Bildungsausschüsse, wobei er besonders die Notwendigkeit des prinzipiellen Zusammenarbeitens der Bildungsausschüsse betonte. Auch für die Provinz Brandenburg sei ein Bezirks-Bildungsausschuss im Entstehen begriffen, dem sich der schon bestehende Zweverband für die Niederlausitz anfügen müsse. Die Diskussion entrollte ein buntes Bild der Schwierigkeiten, mit denen die Bildungsarbeit in kleineren Orten zu kämpfen hat. Aber man sucht ihrer überall Herr zu werden, so daß die Fortschritte nicht ausbleiben. Die Konferenz beschäftigte sich zum Schluß mit der Vorbereitung von Vortragskursen und anderen Bildungsveranstaltungen für den kommenden Herbst und Winter.

Die 23. Landeskonferenz des sozialdemokratischen Landesvereins für das Herzogtum Coburg fand am Sonntag in Coburg statt. Aus 11 Orten waren 45 Delegierte erschienen. Die Jahresrechnungen beliefen sich auf 6288 Mk., die Ausgaben auf 5570 Mk. Abonnenstand und Buchhandel weisen erfreuliche Fortschritte auf.

Der Wahlkreis Würzburg-Heidingsfeld hielt am 23. Juli seine Jahres-Generalsammlung ab. Der Wahlkreis hat im letzten Jahre wieder außerordentliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 1609 Mitgliedern am 1. Juli 1910 (1531 männliche, 78 weibliche) auf 2230 (1989 männliche, 250 weibliche) Mitglieder am 1. Juli 1911. Dementsprechend haben sich auch die Klassenverhältnisse gebessert.

Landesversammlung für Elsaß-Lothringen. Am Sonntag tagte in Mülhausen die Landeskonferenz der elsass-lothringischen Parteigenossen. In seinem Referat über die bevorstehenden Landtagswahlen nahm der Referent, Genosse Peirotes, scharf Stellung gegen den Nationalbund, der nur die Wirtschaft des Zentrums und der Notabeln stärken wolle. — Unsere Parteigenossen beschloßen, selbstständig vorzugehen und allenthalben Kandidaten aufzustellen.

Aus der Jugendbewegung.

Wieder eine nicht bestehende Jugendorganisation aufgelöst. Nach „berühmtem Muster“ landete die Polizeiverwaltung in Görlitz dem Vorsitzenden des dortigen Jugend-ausschusses, Genossen Fritz Eichhorn, ein Schreiben zu, in dem „die seit dem 29. November 1908 bestehende freie Jugendorganisation für aufgelöst erklärt wird“. Ohne jede Begründung wird dann weiter behauptet, die freie Jugendorganisation sei ein politischer Verein und der Jugend-ausschuss habe sich als Vorstand des Vereins betätigt. Dabei besteht in Görlitz gar keine freie Jugendorganisation. Die organisierte Arbeiterklasse hat nur einen Jugend-ausschuss eingeleitet, der die Aufgabe hat, unter der schulentlassenen Proletarierjugend Bildung und Wissen durch unpolitische Veranstaltungen zu fördern in einem eigens dazu hergerichteten Jugendheim. Trotz des polizeilichen Schreibens wird der Jugend-ausschuss auch fernerhin zum Besten der Proletarierjugend tätig sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der Glasindustrie. Am 22. und 23. Juli fanden in Rauscha bei Görlitz Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber-schutzverband deutscher Glasfabriken und dem Zentralverband der Glasarbeiter statt. Die Fabrikanten erklärten gleich zu

Beginn der Verhandlungen, daß sie nicht in der Lage seien, die Lohnsätze zu erhöhen und wenn bisher 5 Proz. vom verdienten Lohn in Abzug gebracht würden, dann sind die Fabrikanten bereit, vom Tage der Arbeitsaufnahme nur 2 1/2 Proz. abzugreifen und vom 1. Januar 1912 ab den Lohn voll zur Auszahlung zu bringen. Dabei muß man bedenken, daß die Arbeiter des einen Betriebes jetzt 19 Wochen im Ausstand stehen und die Arbeiter der andern Firma 17 Wochen. Die dritte Firma hat bekanntlich unter Tarifbruch ausgesperrt. Diese Firma, die mit ganz gleichen Produktions- und Verkaufsbedingungen rechnen muß, hat aber bisher höhere Lohnsätze gezahlt. In der Verhandlung wurde denn auch von den Fabrikanten darauf hingewiesen, daß die Arbeiter zufrieden sein könnten, denn die Durchschnittslöhne für Glasmacher betragen 32 bis 35 Mark pro Woche. Die Vertreter der Arbeiter erklärten darauf, daß die Arbeiter dieses Betriebes, in dem die genannten Löhne erreicht wurden, gar keine Forderungen gestellt hätten, sondern von den Fabrikanten unter Tarifbruch ausgesperrt wurden. Die Unternehmer erwiderten, daß die Firma keinen Tarifbruch begangen hätte, sondern wenn auch der Tarif noch bis zum 1. August 1911 Gültigkeit hätte, so wären die Arbeiter doch ordnungsmäßig gekündigt worden. Ein recht eigenartiger Grund, der damit begründet wurde, daß auch der Arbeiter kündigen könne, wenn er im Vertragsverhältnis stehe. Die Vertreter der Arbeiter wiesen darauf hin, daß die Firmen den allergrößten Skandal machen würden, wenn die Arbeiter in ihrer Gesamtheit trotz Tarifvertrages kündigen würden. Die Unternehmer blieben bei ihrem Grundsatze stehen und erklärten, daß es genüge, wenn sie jetzt nur 2 1/2 Prozent vom bereits verdienten Lohn abgeben würden. Es wäre das eine Lohnzulage von 2 1/2 Proz. und mehr könnten sie nicht geben. Nach mehreren Einzelberatungen und nachdem die Arbeiter das allergrößte Entgegenkommen gezeigt hatten, zerschlugen sich die Verhandlungen vollkommen. Vom Verbandsvorsitzenden Gribig wurde noch darauf hingewiesen, daß, wenn in den beiden Tagen keine Einigung erreicht würde, die Organisation zu jeder Zeit zu weiteren Verhandlungen bereit ist, und er machte den Vorschlag, zu den weiteren Verhandlungen einen Regierungsvertreter oder sonst eine unparteiliche Person zuzuziehen. Auch dies wurde von den Fabrikanten mit der Begründung abgelehnt, daß man zu solchen Leuten kein Vertrauen haben könne, denn einmal können die Herren nicht unparteilich sein und zweitens verstehen sie von der Industrie überhaupt nichts und könnten deshalb bei den Verhandlungen absolut nichts nützen. Am Schluß verlangten sie von den Vertretern der Arbeiter, daß diese mit den geringen Zugeständnissen zufrieden sein sollten. Auf die Frage, wie lange der Vertrag festgelegt werden soll, erklärten die Herren ganz barsch, daß sie sich überhaupt nicht binden und den Vertrag nicht auf bestimmte Zeit festlegen wollen. Daraus kann man ersehen, daß die Herren überhaupt keine Bestätigung, sondern bedingungslose Unterwerfung wollen. Als dieses Verlangen von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, verließen die Herren den Verhandlungs-saal mit der ausdrücklichen Erklärung, daß, wenn die Zugeständnisse nicht bis zum Dienstag, dem 25. Juli, angenommen werden, auch diese zurückgezogen werden und am Sonnabend, dem 29. Juli, die Aussperrung erfolgen wird. In allen Betrieben versuchen die Industriellen jetzt die Arbeiter zu überreden, ihren Austritt aus der Organisation zu geben. Dabei ist den Herren selbst nicht ganz wohl zumute. Drei ganz bedeutende Firmen sind nicht Mitglieder der Unternehmervereinsung und haben die Arbeiter nicht gekündigt. Andere Firmen haben bereits erklärt, daß die Aussperrung nicht lange dauern kann und den Arbeitern das Recht eingeräumt, in den Werkwohnungen zu bleiben. Trotz alledem muß bei der Rücksichtslosigkeit der Glasindustriellen angenommen werden, daß sie am Sonnabend die Aussperrung ein-treten lassen und nahezu 10 000 Arbeiter auf die Straße werfen werden.

Der Sieg der Straßenbahner in Straßburg. Nachstehend geben wir einen Auszug des Protokolls über die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattgefundenen Verhandlungen. A. Für sämtliche Arbeiter und Angestellte: Es werden neue Arbeiterausschüsse an Stelle der bisherigen gewählt. Die Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse ist den Beauftragten der zuständigen Organisationen zur Kenntnis rechtzeitig mitzuteilen. Auf Verlangen ist den Vertretern der zuständigen Organisationen zu gestatten, an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Zuständig ist für die Werksattarbeiter und Metallarbeiter Handwerker der Gewerkschaftsbeamte des Metallarbeiterverbandes; für das übrige Personal der Gewerks-

Van Zenius berührte unschlüssig seinen Filz. Da rief ihm Herr von Zerpem zu:

„Guten Abend, lieber Rechtsanwalt. Schönes Wetter zum Spazierenfahren. Ich wußte garnicht, daß Sie mit Offendorfs so intim sind. Den Major haben Sie wohl ganz und gar zugedeckt mit seiner ewigen schwarzen Decke? Ich habe ihn nicht gesehen.“

So harmlos kamen die Worte herausgeplaudert, daß van Zenius erst recht nicht wußte, was darauf antworten. Und er hätte in diesem Augenblick auch nicht antworten können. Das Bewußtsein drohte ihn zu verlassen, vor blutigem Jörn, als dieser Lump den Namen Offendorfs nannte. Loischlagen den Hund! Das ging ihm durch den Kopf, nicht als ein Wunsch oder ein Entschluß, noch weniger als ein Gedanke. Nur daß er seine Selbstbeherrschung brauchte, um die Lat nicht zu begehen. Den Arm ausstrecken und mit dem Stock oder mit der Faust diese wurmförmige Dirschale einschlagen, der Leiche einen Fußtritt geben, und zum Arzt laufen, jede Schramme an seiner Hand ausbrennen lassen. Der Hund könnte vielleicht toll sein.

Van Zenius machte einen tiefen Atemzug und merkte daran, daß er wieder bei Bewußtsein war, und daß er den Schlag nicht geführt hatte. Gott sei Dank, man lebte doch im Herzen der Zivilisation, man schaffte doch unbequeme Menschen nicht einfach durch einen Loischlag beiseite.

Herr von Zerpem blickte ihn frech an und wartete noch immer auf eine Antwort.

„Es ist merkwürdig warm heute,“ sagte van Zenius.

„Das finde ich auch,“ sagte der andere, und die graue Spitze seines Schnurrbartes zitterte vor Spottlust.

„Sie... kennen also meine Freunde?“

„Aber ich bitte Sie, lieber Rechtsanwalt. Ich kenne jeden, der ein bißchen was ist, und der Major, der hätte ein großes Tier werden können. Ich bin seinerzeit an ihn empfohlen worden, direkt vom Kriegsminister. Wissen Sie, wir haben ein großes Reservoir aller Kriegswissenschaften unternehmen wollen. Acht Bände zu zehn Mark. Der Major, weil er doch seinen Beruf mal verfehlt hat, hätte die wissenschaftliche Leitung gehabt, ich die Chefredaktion. Jeder Leutnant hätte abnormieren müssen. Die Sache hat sich zerfächelt. Der Minister glaubte, ich hätte das Geld dazu. Und ich habe geglaubt, er würde hergeben. Na und da sind wir nicht zusammengekommen. Aber ich sage immer, jeder Weg macht sich bezahlt. So hab ich damals den Major kennen gelernt und sogar die außerordentliche Ehre gehabt, der hübschen Offendorfs mich zu Füßen legen zu dürfen.“

Noch stärker als vorher überfiel den Rechtsanwalt jetzt die unbändige Lust, seinen Begleiter niederschlagen. Sie gingen schlenkernd nebeneinander weiter. Herr von Zerpem erzählte von seinen vielfachen Beziehungen zu hohen Militärs. Es sei ein dummes Geschwätz, daß Wolke wenig spreche. In Kreisau müsse man sein Gast sein. Da sei es gemächlich. Da habe ihm der liebe, alte Herr vor zwei Jahren erst gesagt: „Hören Sie, mein werter Herr von Zerpem.“

Van Zenius achtete nicht auf diese Reden. Was tun? Dem Galunten einfach durch einen eisernen Faustschlag den Mund stopfen! Aber das war ja Unsinn, das war doch nicht Gebrauch im Reichbild von Berlin. Ja, anderswo, wenn dieses Insekt ihn in die Quere gekommen wäre, im Innern von Afrika z. B., wohl in van Zenius zu laufen Lust gehabt hätte, damals nach seinem Abschiedsreden, als er den Berg von eingetrichtertem Wissen um sich her häufen sah wie einen Wall, der ihn von der Menschheit trennte. Dort, dort an die Spitze von Schwarzen, zu Fuß, und neben ihm Marianne in der Sänfte, getragen von vier Sudanesen. Die Sonne Afrikas spielte in ihrem goldenen Haar und bligte auf ein Insekt, das über den Weg kroch. Das zertrat man mit dem Fuß, spuckte höchstens vor Ekel aus und dachte nicht weiter daran.

Aber hier. Die Mälle waren zu hoch, die die Persönlichkeit umgaben und trennten von der persönlichen Lat. Eitelkeit und Gehetz und vielleicht auch gar noch Mitleid. Mitleid mit dem giftigen Insekt!

Und dann. Man beging einen Mord doch vorsichtig, nicht vor Zeugen. Um hier stand der Dreifarsenpfeiler auf der Lauer, als ob ihn Herr von Zerpem hingestellt hätte. Fünf Minuten gingen sie langsam bis zu dem blinden Musikanten, fünf Minuten gingen sie weiter bis zu der Biegung des Weges, wo einige Klaster Brennholz und ein Haufen Knüppel beieinander lagen. Dann lehnte Herr von Zerpem regelmäßig um, als ob er immer die Nähe des Leutnants gesucht hätte. Und der meldete sich jedesmal, wenn die beiden Herren kehrt machten und sich keinem Standort näherten. Er drehte die Kurbel und einige Takte gräulicher Musik, die ungesähr an Schuberts „Am Meer“ erinnerte, ließ sich hören. Als sie zum dritten Mal an ihm vorüberkamen, warf ihm Herr von Zerpem ein Markstück zu, und befahl ihm, mit dem grausamen Gebüdel aufzuhören.

Weder waren die beiden bei dem Brennholz und den Knüppeln angelangt, und van Zenius begann sich seiner Unmännlichkeit zu schämen.

„Herr von Zerpem,“ sagte er plötzlich, entschuldigend

Sie, wenn ich Sie unterbreche. Aber ich hatte nicht die Absicht mit Ihnen zu plaudern. Ich habe mit Ihnen zu reden.“

„Ich weiß. Zweierlei. Deshalb haben wir uns ja dieses allerliebste Rendez-vous gegeben. Nein, nein, Rechtsanwalt, ich habe es zu Wolke gesagt und wiederhole es Ihnen: der Angriff ist und bleibt die beste Deckung. Also ich gehe hier, wie Sie ja wissen, nicht zufällig auf und ab. Ich habe der guten Frau Schade eine Stunde Bedenkzeit gegeben. Ich kann die Stunde nicht angenehmer verbringen, als in Ihrer Gesellschaft. Bei Ihrem bekannten Vorrat an Grübe, liebster Rechtsanwalt, werden Sie schon herausgebracht haben, daß mir Frau Schade Ihr heutiges Gespräch ausführlich erzählt hat. Sie haben sich nicht sehr freundlich über mich ausgesprochen, aber vollkommen korrekt. Das muß ich anerkennen.“

„Ich bin nicht beauftragt, mit Ihnen über diese Sache zu sprechen.“

„Aber, lieber Freund, das weiß ich ja. Mir liegt nur daran, mich Ihnen gegenüber auszuwaschen. Sehen Sie, lieber Freund, zum erstenmal, seit ich in Berlin lebe, hat jemand etwas Ungünstiges über mich gesagt, meines Wissens. Das können Sie doch nicht leugnen? Ich will Frau Schade heiraten, und meine Zukünftige ruft einen Rechtsanwalt. Das war nämlich sehr töricht von ihr. Denn heiraten wird sie mich und muß sie mich, und da wars doch Blech, vorher einem Menschen zu erzählen, daß sie nicht will. Rechtsanwalt, offen gesagt, ich war wütend. Aber junge Leute müssen Glück haben. Da geschieht mir zuliebe ein Extrawunder, und der Vertrauensmann sind ausgerechnet gerade Sie. Sie werden natürlich schweigen, und so sind Sie auch mein Vertrauter geworden. Das freut mich. Ich habe das Bedürfnis, mich eine Spur rein zu waschen vor Ihnen. Auf Ehre, ich hab' Sie gern, Rechtsanwalt.“

Wenn ich nun diesen Knüppel in die Hand nehme, so kann ich diesen Kerl mit einem Streich niederschlagen. Dann ist alles vorbei, und ich brauche ihn nicht mehr anzuhören.“

Van Zenius fühlte, wie ihm die Augen heiß wurden. Er blieb stehen, nahm einen der dicksten Knüppel vom Boden auf, prüfte seine Schwere, warf ihn wieder hin und sagte:

„Wirklich — Herr von Zerpem — ich bin nicht beauftragt.“

(Fortsetzung folgt.)

schäftsbeamte des Transportarbeiter-Verbandes. B. Für
Werktätigenarbeiter: Die Infolge des Streiks frei-
gewordenen Stellen werden durch die Streikenden besetzt, so-
weit sie dies wünschen und zwar durch die Vermittlung des
städtischen Arbeitsamtes. Werden späterhin Stellen infolge
Austritts, Kündigung oder aus anderen Gründen frei, dann
sollen in erster Linie Arbeiter der Straßenbahn eingestellt
werden. Es tritt eine sofortige Aufbesserung von 3 1/2 Pro-
zent des Lohnes ein, mit der Maßgabe, daß die Lohnauf-
besserung mindestens 2 Pfennig zu betragen hat. Für
Sonntagsarbeit, die nicht dienstplanmäßige Be-
schäftigung ist, wird ein Lohnzuschlag von 50 Proz. gewährt.
Die Regelung aller übrigen Fragen, Nachtarbeit, Urlaub etc.
wird durch eine besondere Vereinbarung im Zusammenwirken
mit dem neuen Arbeiterausschuß getroffen. C. Für das
Fahrpersonal: Es wird Übereinstimmung erzielt über
folgende Lohnsätze: Im ersten Jahre wird ein Tagelohn
von 3,40 Mk., im zweiten Jahre von 3,50 Mk. gewährt.
Im dritten Jahre erfolgt feste Anstellung mit folgenden Mo-
natslöhnen: im dritten Jahre 108,— Mk., im vierten Jahre
111,50 Mk., im fünften Jahre 114,50 Mk., im 6. Jahr 117,50
Mk., im 7. Jahr 120 Mk., im 8. Jahr 122,50, Mk. im 9.
Jahr 125,— Mk. und so weiter in jedem Jahr 2,50 Mk. mehr
bis zum 23. Jahr 160,— Mk. Die Führer erhalten von der
festen Anstellung aus außerdem eine monatliche Vergütung
von 5,— Mk., sie erhalten also im dritten Jahre 113,— Mk.,
usw. bis zum 23. Jahre 165,— Mk. Die Arbeitszeit bleibt
wie bisher geregelt. Für das Streckenpersonal wird eine
Aufbesserung von 3 Proz. des bisher bezogenen Lohnes ge-
währt mit der Maßgabe, daß für Vollerwerbsfähige min-
destens 3,40 Mk. zu zahlen ist. Ältere und nicht voll erwerbs-
fähige Leute dürfen geringer entlohnt werden. D. Bei Auf-
nahme der Arbeit wird der Tag als voller Arbeitstag
gerechnet. Bei keiner Kategorie von Angestellten und Arbeit-
ern darf im übrigen eine Verschlechterung der bisher be-
stehenden Verhältnisse eintreten. Maßregelungen und Be-
lästigungen sowohl der im Streit gewesenen, als auch der
tätigen eingetretenen Arbeiter ist unzulässig.

Straßenbahnerstreik in Dänemark. Am 1. August
übernimmt die Stadt Kopenhagen die Straßenbahn in eigene
Regie, was für die Angestellten einen bedeutenden materiellen
Vorteil bedeutet. Nicht nur erhalten sie eine bedeutende
Lohnerhöhung, die sich auf einen jährlichen Gesamtbetrag
von 308 000 Kronen bezieht, sondern sie erlangen auch
bessere Dienstverhältnisse, kürzere Arbeitszeit, Pensionsberech-
tigung und die Qualifikation als Beamte und damit Alters-
zulagen. Bisher hatten die Straßenbahner kein beneidens-
wertes Los und nur die bevorstehende Übernahme der Stra-
ßenbahn in städtische Regie hielt sie von einem Streik ab.
In Anbetracht dessen forderten die Angestellten der Straßen-
bahn in Frederiksberg, einer Vorstadt Kopenhagens,
und der Straßenbahn nach dem bekannten Badeort Klampen-
borg eine Lohnerhöhung, um wenigstens in dieser
Richtung mit ihren Kollegen in Kopenhagen gleich-
gestellt zu sein. Beide Direktionen lehnten ein Ent-
gegenkommen ab und so beschlossen die Straßen-
bahner, am 1. Aug. in den Streik zu treten. Junge Bourgeois-
söhne werden jetzt schon als Streikbrecher ausgebildet; diese
wollen damit dokumentieren, daß sie doch zu etwas zu ge-
brauchen sind. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung
Kopenhagens wird aber wahrscheinlich die Direktion befehlen,
daß mit solch ungeübtem Personal die Strecken der Kopen-
hagener Straßenbahn nicht befahren werden dürfen, schon
um den Verkehr in Kopenhagen nicht zum Stocken zu brin-
gen. Beide Städte, Frederiksberg und Kopenhagen, sind so
miteinander verwachsen, daß die Straßenbahnen gegenseitig
in vielen Straßen gemeinsame Gleise benutzen müssen.
Natürlich schrebt die bürgerliche Presse die Schuld an diesem
Streik der sozialdemokratischen Fraktion im Gemeinderat
Kopenhagens zu, die durch ihren Beschluß der Übernahme
der Kopenhagener Straßenbahn und der damit verbundenen
Verbesserung der Lage dieser Angestellten die „Begehrlich-
keit“ der übrigen Straßenbahner gereizt haben soll.

Soziales.

Einen ganz neuen Mehrwert haben die Aktionäre der
Jutespinnerei und Weberei A.-G. Kassel-Rothendämmling
aus den Knochen ihrer Arbeiter herausgeschunden. Der
Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung
einer Dividende von 16 Prozent wie im Vorjahre in
Vorschlag zu bringen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in
der Juteindustrie sind außerordentlich traurige. Leider haben
auch die Organisationen hier noch wenig Eingang gefunden.
Sollte das so grell in die Augen springende Mißverhältnis
zwischen den elenden Löhnen der Arbeiter und den Riesenvon-
nöften der Unternehmer die Arbeiter nicht zum Nachdenken
über ihre Lage bewegen?

Aus dem Gerichtssaal.

Milde Strafen gegen Soldatenschänder. So strenge
die Militärjustiz gegen „gemeine“ Soldaten vorgeht, welche
auch nur um Haarsbreite von den Geboten der heiligen
Disziplin abgewichen sind, für Vorgesetzte, die es mit der
Gesundheit oder auch dem Leben der Soldaten nicht so genau
genommen haben, weiß dieselbe Justiz in der Regel Milde-
rungsgründe genug zu finden. Zwei bezeichnende Fälle der
letzteren Art haben sich jetzt vor dem Dresdener Kriegs-
gericht zugetragen:

1. **Tätliche Aufmunterung.** Wegen Miß-
handlung und Beleidigung stand der wegen des
gleichen Delikts vorbestrafte Witzfeldwebel Hoff-
mann vom 103. Inf.-Regt. vor dem Dresdener Kriegs-
gericht. Der Angeklagte hatte einem Soldaten einen heftigen
Schlag auf den Hinterkopf versetzt und dazu
geäußert: „Mit euch grüne Jungens werde ich schon
noch fertig!“ Schon vorher hatte er die Soldaten Laus-
lungs- und faule Bande genannt. Der Anklage-
vertreter führte aus, daß man hier wohl „vor-
schriftswidrige Behandlung“ annehmen könne. Der
Standpunkt des Reichsmilitärgerichts
über den Begriff Mißhandlung sei zu weit-
gehend! Man könne dem Angeklagten wohl zugute rech-
nen, daß er nicht eine Mißhandlung, sondern nur eine
„tätliche Aufmunterung“ beabsichtigt habe. Das
Gericht schloß sich dem an und erkannte, trotz der Vorstrafe,
auf nur fünf Tage gelinden Arrest!

2. **In der Erregung.** Eine ebenso milde Auf-
fassung hatte das Gericht in einer anderen Strafsache wegen
Mißhandlung, die sich gegen den Trompeter-Ser-
geanten Pfannenschmidt vom 18. Husaren-Regi-
ment richtete. Dieser Angeklagte hatte einem Soldaten, der
ihn nicht schnell genug bediente, eine so kräf-
tige Ohrfeige versetzt, daß diesem das
Wasser in die Augen trat und er längere Zeit
Schmerzen sowie eine rote Wade hatte. Der Ange-
klagte stellte den Schlag als einen „leichten Streich“ hin.
Der Verteidiger meinte, nicht der Sergeant gehöre auf die
Anklagebank — sondern der Soldat wegen seines unbot-
mäßigen Verhaltens! Zum Meiden tat mir der — Kerl (1)

zu sein.“ erklärte der Angeklagte. In Wirklichkeit hatte der
Soldat nichts getan. Das Gericht nahm einen leichten
Fall an, berücksichtigte die „Erregung“ des Ange-
klagten und warf ganze — 10 Tage mittleren
Arrest aus!

Aus Nah und Fern.

Mord. Unter dem Verdachte, seine Frau er-
mordet zu haben, wurde der in Rißtin gebürtige Ver-
liner Magistratsbeamte Sternbeck verhaftet. Die Leiche
der Frau wurde bei Rißtin im September 1910 gefunden.
Erst nach langer Zeit konnte die Person der Toten festge-
stellt werden. Sternbeck leugnete zunächst; als aber während
der Vernehmung der Kinderwagen ins Zimmer gebracht
wurde, in dem Sternbeck die Leiche fortgeschafft hatte, brach
er zusammen und legte ein Geständnis ab.

Ein ungewöhnlich heftiger Gewittersturm ging gestern
gegen 8 Uhr abends über Berlin nieder. Im Westen, Süd-
westen und im Osten standen trotz der geöffneten Notaus-
lässe viele Straßen unter Wasser. Zahllose Keller wurden
überflutet. Die Feuerwehr war in ihrer ganzen Stärke
unterwegs. Im Tiergarten, im Viktoriapark und auf den
Plätzen der Stadt hat das Unwetter erheblichen Schaden an
Bäumen und Sträuchern angerichtet. Der Blitz schlug sechs-
mal ein. Im Tiergarten wurde eine alte Linde getroffen,
die lichterloh brannte.

Der indirekte Steuerraub.

Es ist durch indirekte Steuer belastet:

- Jedes Pfund Salz mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Kaffee mit 10 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Tee mit 13 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Zucker mit 7 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Kakao mit 10 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Gewürze mit 25 Pfg. Steuer
- Jedes Pack Streichhölzer mit 15 Pfg. Steuer
- Jedes Liter Petroleum mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Brauntwein mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Liter Bier mit 5 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Tabak mit 59 Pfg. Steuer.

Das alles verdanken wir den bürgerlichen Parteien.

Ein Trüß für Kinetographen. Aus Berlin wird
geschrieben: Die deutsche Kinetographen-
Industrie hat in der letzten Zeit einen ungeahnten Auf-
schwung erlebt, der auf die gegenwärtige Mode und Beliebtheit
der „Kollifilms“ zurückzuführen ist. In allen Plätzen
Deutschlands schießen die Lichtspieltheater wie Pilze hervor.
Insgesamt verfügt Deutschland gegenwärtig über mehr als
zwei tausend Lichtspieltheater, die in wöchentlich
wechselndem Programm dem Publikum ihre Filme vorführen.
Diese Filme werden von einigen deutschen und ausländischen
Fabriken, namentlich in Paris, Turin usw., hergestellt und
gegen eine entsprechende Gebühr von Zwischenhändlern an
die Theater verliehen. Auf diese Weise macht ein Film die
Reise durch eine ganze Reihe von Städten, und je nachdem,
ob es sich um einen neuen oder bereits mehrfach
gezeigten Film handelt, ist die Mietgebühr entsprechend
hoch oder niedrig. Der Zwischenhändler kauft die Filme
von den großen bekannten Fabriken und läßt sie der Reihe
nach durch sämtliche Theater Deutschlands gehen, wobei sich
die Preise zwischen 400 Mk. und 60 Mk. per Film belaufen.
Gegenwärtig versucht nun ein Konsortium, den Handel in
Filmen für das ganze Deutsche Reich zu monopolisie-
ren. Diesem Konsortium, das sich Zentralstelle zur
Monopolisierung des Filmvertriebes nennt,
gehören unter anderen der nationalliberale Reichstagsabge-
ordnete Geheimrat Baasche, ferner Friedrich v. Schack in
Charlottenburg und v. Frankenstein in Berlin an. Verab-
sichtigt ist die Gründung einer Gesellschaft mit einem Kapital
von nicht weniger als 2 1/2 Millionen Mk. Zur Aufbringung
dieses Kapitals wenden sich die Gründer in einem „streng
vertraulich“ bezeichneten Schreiben an eine Reihe deut-
scher Kapitalisten. In diesem Schreiben, das die
„Erste Internationale Filmzeitung“ in Berlin in
ihrer neuesten Nummer veröffentlicht, wird darauf
hingewiesen, daß sich die jetzige Art des Ver-
triebes der Filme durch Zwischenhandel „als durchaus unge-
eignet“ erwiesen habe und daß es daher beabsichtigt sei, den
Vertrieb der Filme, in den sich zurzeit etwa 40 Verleihs-
institute teilen, zu monopolisieren. Angeblich hätten
hieran sowohl die Fabrikanten als auch die Theater das
größte Interesse. In Wirklichkeit haben aber die deutschen
Theater das größte Interesse daran, daß diese zweideutige
Gründung, die auf Verschärfung des freien Wett-
bewerbes hinausläuft, nicht zustande kommt. Denn die
Gründer beabsichtigen nicht mehr und nicht weniger als eine
Diktatur, wie sie schlimmer nicht in irgend einem deut-
schen Syndikat jemals gehandhabt worden ist. Die
neue Gesellschaft will nämlich „Programme“ an die
einzelnen Theater nur mit der Verpflichtung abgeben,
daß das betreffende Theater keinen Meter
freier Filme laufen lassen darf. Sollte gegen
diese Bestimmung verstoßen werden, so erhält das
Theater von der neu zu gründenden Gesellschaft nichts
mehr geliefert und die logische Folgerung davon ist — so
heißt es in dem Prospekt wörtlich — „daß das Theater
dann überhaupt nicht mehr imstande ist, ein Programm zu-
sammenzustellen“. Mit anderen Worten, jede Konkurrenz
soll völlig unterdrückt werden. Wie es heißt, sei diese
Idee einer Monopolisierung von den Fabrikanten ohne Aus-
nahme „glänzend aufgenommen“ worden, in den Kreisen der
Theaterbesitzer dürften die Ansichten hierüber indes etwas
anders lauten. Dem Gründungsprospekt ist eine Rentabi-
litätsberechnung beigelegt; bei einem Kapital von nur 2 1/2
Millionen Mark soll sich per Jahr ein Überschuß von
mehr als 4 Millionen Mark ergeben. Dabei bean-
spruchen die Gründer für das Einbringen ihrer angeblichen
Monopolverträge neben einer Vergütung von 500 000 Mark
in Stammanteilen eine Anstellung in leitender Stellung!

Opfer der Arbeit. Schwere Unglücksfälle
werden wieder einmal aus Bochum und Dortmund
gemeldet: Auf der Zeche „Brinregent“ in Weimar bei
Bochum wurden durch den plötzlichen Zusammenbruch eines
Böfelerbaues zwei Bergleute verschüttet. Trotz-
dem die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen und energisch

betrieben würden, konnten die beiden Verunglückten nur als
Leichen geborgen werden. — In Martin wer-
des „Phönix“ in Görbe bei Dortmund ereignete
sich ein schwerer Unglücksfall, bei dem fünf Arbeiter
schwere Verbrennungen davontrugen. Im Kanal
eines Generatorgasofens waren die fünf Arbeiter beschäftigt,
als sich plötzlich die Klappe des Ofens in bisher unaufge-
klärter Weise öffnete und das hierbei entweichende Gas mit
einem starken Knall explodierte. Die hierdurch entzündete
gewaltige Stochflamme nahm ihren Weg durch den engen
Kanal, so daß sich keiner der Arbeiter vor der sengenden
Blut zu retten vermochte und einige von ihnen derart
schwere Brandwunden erlitten, daß die Haut in Fetzen vom
Körper hing.

Eine mörderische Statistik ist die vom Ober-
bergamtsbezirk Breslau herausgegebene Zusammenstellung
der in Oberschlesien im verfloffenen Jahre vorgekommenen
Unfälle: 287 Unfälle endeten mit dem sofortigen Tod.
Schwerer verletzt mit länger als vierwöchiger Krankheitsdauer
wurden 4882 Personen, davon waren 770 länger als ein
Vierteljahr krank. Töbliche Unfälle ereigneten sich 241, da-
von 214 unter Tage im ober-schlesischen Industriebezirk. In
den übrigen Bergrevieren, Ratibor, Waldenburg, Görlitz und
Posen kamen 34 Todesunfälle vor. Die ganze Statistik
zeigt, wie in Oberschlesien mit der Arbeiterkraft Raubbau
getrieben wird. Rechnet man nun die Zahlen aller Ver-
letzten, auch der in der Eisenindustrie und sonstigen Berufen,
so ergibt sich, daß mindestens je der zehnte Mann
verunglückt ist. Hier wird erst Besserung eintreten,
wenn die Arbeiter in den freien Gewerkschaft organisiert sein
werden.

Unfälle bei militärischen Übungen. Bei einer militä-
rischen Übung des Naumburger Feldartillerie-Regiments
Nr. 55 ereignete sich gestern ein schwerer Unglücks-
fall. Als das Geschütz einer Reserve-Batterie „Rehr“
machen wollte, wurden die vier vorgepannten Pferde
scheu und raste in eine Jagerkompagnie hinein
und rannte sechs Mann nieder, von denen drei
schwer und drei leicht verletzt wurden. Wen die
Schuld an dem Unglück trifft, konnte noch nicht
ermittelt werden.

Selbstmord zweier Knaben. Der 13jährige Schena
und der gleichaltrige Franz Berg aus Bochum, die
seit einigen Tagen aus dem dortigen Waisenhaus ver-
schwunden waren, wurden aus der Ruhr gelandet. Aus
einer Postkarte, die bei den Knaben gefunden wurde, geht
hervor, daß sie den Tod gesucht haben.

Explosion auf einem Dampfer. Auf dem im Stettiner
Freihafen angekommenen Traktordampfer „Eras“ entstand
durch die Explosion eines Benzintankwagens ein Brand. Der
Dampfer war im Du in Flammen gehüllt. Die Heizer
konnten sich durch Überbordspringen retten. Zwei Feuer-
wachen sind mit der Löschung des Brandes beschäftigt. Per-
sonen wurden nicht verletzt.

Fabrikbrand. In Osterode in Ostpreußen brach
nachts ein großer Brand aus. Nach einer Meldung des
„Berliner Tageblatts“ ist das ganze Fabriketablisement von
Emil Moschall, das aus einem Sägewerk, zwei Tischlereien
und einer Schmiede bestand, in kaum vier Stunden vollstän-
dig niedergebrannt. Zahlreiche Bretter, fertiges Baumate-
rial und der größte Teil des Arbeitsmaterials und der Ma-
terialwerkstätten wurden ein Raub der Flammen. Der
Schaden wird auf über 200 000 Mk. geschätzt. Das Sta-
blissement liegt der Bahn gegenüber. Nur der günstigen
Windrichtung ist es zu danken, daß sich das Feuer nicht auch
auf das Stationsgebäude und die anderen Bahnhof-Baulich-
keiten ausgebreitet hat. Die Eisenbahnwagen mußten abge-
schoben werden, um sie vor den Flammen zu retten. Zum
Löschen wurde neben den zahlreichen Feuerwehren der Um-
gebung auch Militär herangezogen.

Ein Duell mit Senfen. In der Nähe von Cleve
 fand ein eigenartiges Duell statt. Dort gerieten zwei
Schneider in einen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Sie
griffen zu ihren Senfen und schlugen aufeinander los. Die
beiden Duellanten bearbeiteten sich derart, daß sie blutüber-
strömt nach dem Krankenhaus geschafft werden mußten, wo
sie hoffnungslos daniederliegen.

Bei dem letzten Gewitter wurden im Regierungs-
bezirk Posen sieben Personen durch Blitz-
schläge getötet und einige vierzig Gebäude
ebenso durch Blitzschläge eingestürzt.

Ein Neunzigjährige durch Bienenstiche getötet. Durch
Bienenstiche wurde die 90 Jahre alte Dorfarme Anna
Schenk in Blankensee (Kreis Heilsberg) getötet. Die Greisin
machte sich auf dem Bienenstand eines abwesenden Besitzers
zu schaffen, wobei sie zufällig dem Flugloch des einen Stockes
zu nahe kam. Dadurch gerieten die Bienen dermaßen in
Wut, daß sie sich zu Hunderten auf ihr Opfer stürzten. Erst
nach geraumer Zeit gelang es, die alte Frau, die ohnmächtig
niedergeronnen war, aus ihrer kritischen Lage zu befreien,
doch war sie schon derart von den Bienen zugerichtet, daß sie
bald darauf starb.

Sechs Personen bei einer Automobilfahrt verunglückt.
Bei Limbach raste das durchgehende Pferd eines Geschirrs
der Hartmannsdorfer Brauerei in ein ihm entgegen kommendes
Automobil. Von den sechs Insassen des Kraftwagens wur-
den die Fabrikbesitzer Pfehler und Bernhard schwer verletzt,
während die übrigen vier Insassen mit leichteren Verletzungen
davonkamen. Das Automobil ist gänzlich zertrümmert
worden.

Leibestragödie. Der Artillerieleutnant Paul Hofer
in Klagenfurt und seine Braut Elise Leubhofer verübten
gemeinsam Selbstmord, indem sie sich in den
Wörther See stürzten. Das Motiv der Tat dürfte darin zu
suchen sein, daß beide die Kaution zu ihrer Verheiratung
nicht aufbringen konnten.

Seinen Bruder erschossen. Der Industrielle Dios-
zegyi in Urad, der wegen einer Erbschaftsange-
legenheit mit seinem Bruder in ständiger Zwiste
lebte, hatte mit diesem abermals einen Konflikt, in dessen
Verlaufe er einen Revolver zog und seinen Bruder
nieder schoß. Der Mörder wurde verhaftet.

Ein Stadtverordneter verschwunden. Großes Aufsehen
erregt in Strausberg an der Ostbahn das Verschwinden
des dortigen Stadtverordneten Hugo Bellmann, der sich
seiner bevorstehenden Verhaftung wegen eigenartiger
Operationen mit Münzgelehrten und anderer Straftaten
durch die Flucht entzogen hat. Bellmann, der seit zehn
Jahren Stadtverordneter in Strausberg ist, hat im kommun-
alen Leben eine große Rolle gespielt.

Eisenbahnunfall. Auf der serbischen Station Jage-
dina ist der Fischer Personenzug mit einer Lokomo-
tive zusammengestoßen und entgleist. Der Lokomo-
tivführer und zwei Schaffner sind schwer,
mehrere Personen leicht verletzt.

In den Bergen verunglückt. Als zwei Touristen
in Begleitung eines Führers und eines Trägers die
Viguille du Plan bestiegen, löste sich ein Felsblock und
erschlug einen Träger. Kurze Zeit später glitt der
eine der Touristen aus und stürzte in einen Ab-
grund. Der Verunglückte ist noch nicht gefunden.

